



Studienabschlussarbeiten

Sozialwissenschaftliche Fakultät

Sicheneder, Alexander:

Spielarten des Kapitalismus in der Europäischen Union.
Ein konstruktivistischer Erklärungsversuch für
Liberalisierungsprozesse in koordinierten
Marktökonomien am Beispiel Deutschlands.

Bachelorarbeit, Wintersemester 2021

Sozialwissenschaftliche Fakultät

Ludwig-Maximilians-Universität München

<https://doi.org/10.5282/ubm/epub.77171>



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2021

Alexander Sicheneder

**Spielarten des Kapitalismus in der
Europäischen Union
– Ein konstruktivistischer
Erklärungsversuch für
Liberalisierungsprozesse in
koordinierten Marktökonomien am
Beispiel Deutschlands.**

Bachelorarbeit bei

Dr. des. Felix Biermann
2021

Inhaltsverzeichnis

Abstract	
I Abkürzungsverzeichnis	
II Abbildungsverzeichnis	
1 Einleitung	1
2 Konzeptionalisierung.....	3
2.1 Varieties of Capitalism: Die Erklärungskraft der Theorie.....	3
2.2 Forschungsstand	5
2.3 Diskursiver Institutionalismus.....	5
3 Methodik und Forschungsdesign.....	8
3.1 Fallauswahl.....	8
3.2 Methodik und Generalisierbarkeit.....	15
3.3 Observable Implications.....	17
4 Analyse.....	18
4.1 Die diskursive Konstruktion der wirtschaftlichen Lagen	18
4.1.1 Zwischen 1981 und 1983	18
4.1.2 Zwischen dem zweiten Halbjahr 1994 und dem ersten Halbjahr 1996.....	19
4.2 Die diskursive Konstruktion der industriellen Beziehungen.....	21
4.2.1 Zwischen 1981 und 1983	21
4.2.2 Zwischen dem zweiten Halbjahr 1994 und dem ersten Halbjahr 1996.....	23
4.3 Fazit.....	26
5 Probleme von Fallvergleichen und alternative Erklärungsansätze.....	28
6 Schluss.....	30
Literaturverzeichnis.....	32
Artikel-Korpus.....	36

Abstract

Die Varieties of Capitalism-Theorie gilt als dominierender Ansatz in der vergleichenden Kapitalismusforschung und erklärt, wie unterschiedliche Kapitalismusarten erfolgreich sein können. Doch eine Schwäche der Theorie ist, dass sie fundamentalen institutionellen Wandel nicht erklären kann. Hierfür soll die Theorie des Diskursiven Institutionalismus herangezogen werden, die auf die Möglichkeit von Krisensituationen hinweist. Diese können diskursive Neukonstruktionen hervorrufen und als Konsequenz zu institutionellen Veränderungen führen. Vorliegende Arbeit analysiert mittels ausgewählter Spiegel-Artikel die diskursive Konstruktion der Wirtschaftskrisen in Deutschland Anfang der 1980er Jahre und Mitte der 1990er. Beide Krisen ähneln sich bezüglich der Datenlage, hatten aber unterschiedliche Folgen. Während die erstgenannte Krise zu keinem fundamentalen institutionellen Wandel führte, liberalisierte sich die deutsche Ökonomie ab Mitte der 1990er. Vorliegende Arbeit zeigt auf, dass die Wirtschaftskrise Deutschlands Mitte der 90er negativer diskursiv konstruiert wurde als die wirtschaftliche Situation anderer Länder und argumentiert, dass dies ursächlich für den dann beginnenden Liberalisierungsprozess war. Als Grund für die Kontinuität des deutschen Wirtschaftssystems in Folge der 1980er-Krise führt die Arbeit an, dass im damaligen Diskurs die wirtschaftliche Situation Deutschlands als ähnlich zur wirtschaftlichen Situation anderer Länder konstruiert wurde. Die Resultate der Arbeit helfen zu verstehen, unter welchen Umständen Institutionen stabil bleiben und, wann Krisen fundamentale institutionelle Veränderungen nach sich ziehen.

I Abkürzungsverzeichnis

BDI - Bundesverband der deutschen Industrie

BIP - Bruttoinlandsprodukt

CME - Koordinierte Marktökonomie

EU - Europäische Union

FDP - Freie Demokratische Partei

LME - Liberale Marktökonomie

USA - Vereinigte Staaten von Amerika

VoC - Varieties of Capitalism

II Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 - BIP-Wachstum

Abbildung 2 - Entwicklung der Arbeitslosenquote

Abbildung 3 - Entwicklung der Tarifbindung in Deutschland

Abbildung 4 - Entwicklung der Branchentarifbindung in den alten und neuen Bundesländern

Abbildung 5 - Entwicklung des Exports

1 Einleitung

Was sind die wichtigsten Unterschiede zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) und Deutschland? Beschränkt man sich auf den Bereich der Politischen Ökonomie, so ist für die Theorie „Varieties of Capitalism“ (VoC) von Peter A. Hall und David Soskice, die als dominierender Ansatz in der vergleichenden Kapitalismusforschung gilt, die Antwort klar. Diese postuliert zwei Arten von Ökonomien: Zum einen liberale Marktwirtschaften (LME) und zum anderen koordinierte Marktökonomien (CME). Während die USA das Exempel für eine LME sind, kommt Deutschland dem Idealbild einer CME am nächsten. Ökonomien unterteilt die Theorie auf Basis dessen, wie Firmen ihre Beziehungen zu anderen Wirtschaftsakteuren¹ gestalten. Lassen Firmen in einer Ökonomie diese Beziehungen vorrangig vom Markt organisieren, so klassifiziert die VoC-Theorie diese als liberale Marktwirtschaft (Hall/ Soskice 2001: 8). Setzen Firmen in einer Ökonomie hingegen auf Beziehungen, die vor allem auf strategischer Interaktion beruhen, so wird diese Ökonomie als koordinierte Marktwirtschaft eingeordnet (ebd.). Dieser grundsätzliche Unterschied zwischen der Struktur beider Ökonomien führt dazu, dass CMEs und LMEs tendenziell unterschiedliche Märkte bedienen. Für den VoC-Ansatz sind also genau die Unterschiede dieser Ökonomien Grund für den wirtschaftlichen Erfolg beider Spielarten des Kapitalismus. Darauf aufbauend sieht die Theorie keinen Grund zur Annahme, dass sich am vorgestellten Modell der unterschiedlichen Kapitalismen zukünftig etwas ändern sollte und erklärt fundamentalen institutionellen Wandel zu einer nicht zu erklärenden Anomalie (Hall/ Soskice 2001).

Die meisten Ökonomien, die vom VoC-Ansatz als CMEs klassifiziert wurden, befinden sich in der Europäischen Union (EU) (Hall/ Soskice 2001: 20). Ein Blick auf diese Volkswirtschaften zeigt: Dass die „Varieties of Capitalism“ ihre Geschichte der Unterschiedlichkeit ungehindert fortsetzen können, ist alles andere als ausgemacht. Denn vor allem in koordinierten Marktwirtschaften konnte man fundamentale Veränderungen beobachten, die dazu führten, dass diese ihre CME-Charakteristika verloren haben (Thelen 2009: 476). Weil der VoC-Ansatz derlei fundamentale Veränderungen in seinem Modell nicht vorsieht, wurde er vielfach kritisiert (bspw. Howell 2003; Schmidt 2002; Streeck 2009). Die Kritiken sind dabei im Detail höchst unterschiedlich. Erwarten beispielsweise Howell und Streeck, dass alle Ökonomien in Anbetracht der Globalisierung gegen eine liberale Kapitalismusart konvergieren, ist Schmidts Kritik differenzierter. Durch ihren diskursiv-institutionalistischen Ansatz weicht auch sie die pauschale Kontinuitätsannahme des VoC-Ansatzes auf, konstatiert aber, dass trotz aller stattfindenden Veränderungen die Spielarten des Kapitalismus noch immer von Relevanz sind.

Diese Arbeit nimmt an, dass letztere Sicht die empirische Realität besser darstellt als erstere, möchte aber grundsätzlich den Blick von der Konvergenz-/ Divergenz-Debatte lösen und stattdessen auf die

¹ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wurde sich dazu entschieden, in dieser Arbeit das generische Maskulinum zu verwenden. Es wird darauf hingewiesen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

Frage lenken, unter welchen Umständen sich koordinierte Marktwirtschaften liberalisieren². Indem sich die Literatur bisher vorrangig mit der Frage befasste, *ob* die Spielarten des Kapitalismus von Relevanz sind, blieb die Frage, *unter welchen Umständen* „Varieties of Capitalism“ Aussagekraft hat und unter welchen nicht, unterbeleuchtet. Vorliegende Arbeit möchte so die mit der Konstatierung einer Liberalisierung von Ökonomien zusammenhängenden Blackbox öffnen und besser verstehen, wie es zu fundamentalem institutionellem Wandel innerhalb von Volkswirtschaften kommt.

Dabei möchte ich gleich zu Beginn betonen, dass das Ziel dieser Arbeit nicht ist, die Wichtigkeit von Institutionen zu bestreiten. Vielmehr gründet sich die Motivation dieser Arbeit, institutionellen Wandel besser zu verstehen, auf der Überzeugung, dass Institutionen wichtig sind. Doch nur wenn man versteht, unter welchen Bedingungen diese sich wandeln, kann man verstehen, unter welchen Umständen Institutionen ihre Wirkungskraft voll entfalten.

Eine Antwort auf oben gestellte Frage möchte ich erarbeiten, indem ich auf die deutsche Volkswirtschaft blicke und mich dabei verstärkt auf den bereits oben angesprochenen diskursiv-institutionalistischen Ansatz von Schmidt beziehe. Dieser geht von einer Wechselwirkung zwischen den Institutionen und dem Diskurs eines Landes aus und postuliert, dass Krisen zu diskursiven und als Folge dessen institutionellen Veränderungen führen können (Schmidt 2002: 225). Wie diese Arbeit anhand des Wirtschaftsbereichs der industriellen Beziehungen³ zeigen wird, kann davon ausgegangen werden, dass sich die deutsche koordinierte Marktökonomie seit Mitte der 1990er Jahre in einem Liberalisierungsprozess befindet. Dies scheint den von Schmidt aufgestellten Mechanismus zu bestärken. Allerdings gibt es auch Beispiele von Krisen, die keine fundamentalen Veränderungen zur Folge hatten – wie beispielsweise die Wirtschaftskrise Anfang der 80er in Deutschland. Trotz ähnlicher Wirtschaftsparameter wie die Krise der 90er Jahre, kam es in der Folge der 80er Jahre-Krise nicht zu fundamentalen institutionellen Veränderungen im Bereich der industriellen Beziehungen. Deswegen argumentiere ich, dass Krisen nicht lediglich der Startpunkt diskursiver Neukonstruktionen sein können, sondern bereits die Bezeichnung einer wirtschaftlichen Situation als Krise diskursiven Konstruktionsprozessen unterliegt. Anlehnend an die Literatur zur Identitätskonstruktions-Forschung, die annimmt, dass Identität in Abgrenzung zum ‚Anderen‘ konstruiert wird, postuliere ich, dass wirtschaftliche Krisensituationen im Vergleich zu den wirtschaftlichen Situationen anderer Länder konstruiert werden. Angenommen wird, dass eine Wirtschaftskrise nur dann zu fundamentalen institutionellen Veränderungen führt, wenn diese negativer als die wirtschaftliche Situation anderer Länder und somit als systemisch diskursiv konstruiert wird.

In der Diskursanalyse zeigt sich, dass die diskursive Konstruktion beider Krisen, wie theoretisch argumentiert wurde, im Vergleich zu den Wirtschaftssituationen anderer Länder geschah. Während die

² Liberalisierungsprozesse koordinierter Marktwirtschaften werden im Laufe vorliegender Arbeit synonym als ‚fundamentaler institutioneller Wandel‘ umschrieben.

³ Der Ausdruck ‚industrielle Beziehungen‘ ist ein Überbegriff für die Arbeitsbeziehungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmer.

Krise Anfang der 80er im analysierten Diskurs als externer Schock konstruiert wurde, der alle Industrieländer gleichermaßen getroffen hat, wurde die 90er-Jahre-Krise als explizit deutsches Problem und somit systemisch konstruiert. Weitergehend zeigte sich, dass dies Implikationen für die Konstruktionen der deutschen industriellen Beziehungen in den 80er und 90er Jahren hatte. Während Anfang der 80er mögliche Lösungen für den Ausweg aus der Krise innerhalb des Systems der industriellen Beziehungen gesucht wurden und die Tarifautonomie als ‚heiliges Gut‘ (SPIEGEL 1982b) bezeichnet wurde, verhielt es sich Mitte der 90er Jahre umgekehrt: Das System der industriellen Beziehungen wurde als Problem konstruiert. Dementsprechend wurde die Liberalisierung des Systems als einziger Ausweg aus der Krise wahrgenommen. Auf Grundlage dieser Ergebnisse legt vorliegende Arbeit nahe, dass die diskursive Konstruktion einer Krise als systemisch eine wichtige Voraussetzung für fundamentale institutionelle Veränderungen ist.

Um zu den vorgestellten Ergebnissen zu gelangen, geht vorliegende Arbeit folgendermaßen vor: Zunächst wird auf den theoretischen Hintergrund der Arbeit eingegangen. Hierbei wird als erstes die VoC-Theorie vorgestellt und anschließend in der Forschungsstands-Sektion auf die Kritik an der Theorie eingegangen. Daraufhin stellt das folgende Kapitel den Diskursiven Institutionalismus nach Vivien A. Schmidt kritisch vor und reflektiert die Theorie aus einer konstruktivistischen Perspektive heraus. Daraus wird die Hypothese der Arbeit abgeleitet. Im Methodenteil wird die Fallauswahl gerechtfertigt, die Methodik der Diskursanalyse erläutert und schließlich dargestellt, was für die Bestätigung der Hypothese in der Analyse beobachtet werden muss. Nach den in der Methodensektion aufgestellten Kriterien wird anschließend die Analyse durchgeführt. Abschließend wird auf mögliche anzubringende Kritikpunkte eingegangen und im Schluss resümiert.

2 Konzeptionalisierung

Im Nachfolgenden wird auf die theoretischen Ausgangsüberlegungen der Arbeit eingegangen. Hierbei wird zunächst die Theorie Varieties of Capitalism vorgestellt, im Forschungsstand die für diese Arbeit relevanten Kritikpunkte am VoC-Ansatz aufgezeigt und abschließend der Diskursive Institutionalismus von Vivien A. Schmidt reflektiert. Die Hypothese der vorliegenden Arbeit beruht auf Basis der kritischen Reflexion der Schmidt'schen Theorie.

2.1 Varieties of Capitalism: Die Erklärungskraft der Theorie

Im Mittelpunkt der VoC-Theorie steht das Verhalten der Firmen in Volkswirtschaften. Der Erfolg der Firmen ist davon abhängig, wie effektiv sie es schaffen, ihre Koordination mit einem breiten Spektrum an Akteuren zu bewerkstelligen (Hall/ Soskice 2001: 6). Koordination kann nach Hall und Soskice grundsätzlich zwei unterschiedlichen Ordnungsprinzipien folgen: dem Ordnungsprinzip der strategischen Interaktion oder des Wettbewerbs. Herrscht in einer Ökonomie das Ordnungsprinzip der strategischen Interaktion vor, so bezeichnen sie Hall und Soskice als koordinierte Marktökonomie. Hier regeln Firmen ihre Aktivitäten durch nicht-marktbasierte Mechanismen und kooperieren dabei mit

anderen Firmen und Akteuren beispielsweise bei der Zusammenarbeit in Arbeitgeberverbänden, weswegen das Vertrauen auf Zusammenarbeit unter den Firmen sehr hoch sein muss. Wirkt dagegen vorrangig der Wettbewerb in einer Ökonomie koordinierend, so bezeichnen sie Hall und Soskice als liberale Marktökonomie. Hier wird das Verhalten der ansässigen Firmen also wesentlich durch das Vorhandensein von Marktkonkurrenz beeinflusst (Hall/ Soskice 2001: 8).

Anhand von zwei Fallstudien über Deutschland, das als Exempel für eine koordinierte Marktwirtschaft vorgestellt wird, und den USA, die als Schablone für eine liberale Marktökonomie gelten, wird auf mehrere Wirtschaftsteilbereiche eingegangen. So werden das Finanzsystem, die interne Struktur von Firmen, die industriellen Beziehungen, das Ausbildungssystem einer Volkswirtschaft und die allgemeine Beziehung der Firmen untereinander beschrieben. All diese Teilbereiche können entweder durch strategische Koordination oder durch Marktkonkurrenz organisiert sein. Dabei ist die Annahme institutioneller Komplementaritäten von zentraler Bedeutung für die VoC-Theorie. Nach dieser wirken Institutionen effizienzsteigernd aufeinander, wenn sie einem ähnlichen Koordinationsprinzip folgen (Hall/ Soskice 2001: 17). Hall und Soskice propagieren also eine Art der Systemkohärenz: Je kohärenter die Institutionen eines Systems, desto effizienter ist es. In der Annahme, dass Firmen im Allgemeinen nach möglichst effizienten Lösungen suchen, kann davon ausgegangen werden, „that nations with a particular type of coordination in one sphere of the economy should tend to develop complementary practices in other spheres as well“ (Hall/ Soskice 2001: 18). Nach Hall und Soskice prosperieren Volkswirtschaften „not by becoming more similar, but by building on their institutional differences“ (Hall/ Soskice 2001: 22). Hall und Soskice argumentieren also, dass institutionelle Komplementaritäten die Unterschiede zwischen liberalen und koordinierten Marktökonomien verstärken. Konkret verbinden Hall und Soskice mit den unterschiedlichen Marktökonomien unterschiedliche Innovationsarten. Während sie liberalen Marktwirtschaften die Fähigkeit zu radikalen Innovationen zuschreiben, zeichnen sich koordinierte Marktökonomien durch eine inkrementelle Innovationsfähigkeit aus (Hall/ Soskice 2001: 41). Da beide Ökonomien deswegen unterschiedliche Produkte herstellen, stehen liberale und koordinierte Marktökonomien nicht in Konkurrenz zueinander. Vielmehr sieht die VoC-Theorie in diesen Unterschieden komparative institutionelle Vorteile für beide Ökonomien begründet, aufgrund derer beide Ökonomien erfolgreich sein können.

Die Globalisierung und die damit einhergehende Liberalisierung der Welt sollte für Firmen in koordinierten Marktökonomien also ein Anreiz sein, die Institutionen ihrer Marktwirtschaft zu bewahren. Denn gäben die Firmen diese auf, verzichteten sie auf ihre komparativen Vorteile und würden fortan mit Firmen liberaler Marktökonomien konkurrieren. Fundamentale institutionelle Veränderungen sind deswegen nicht in der Theorie vorgesehen.

2.2 Forschungsstand

Die VoC-Theorie hat viel Widerstand hervorgerufen, der die Aussagekraft der Theorie ganz grundsätzlich bestreitet. So bestreiten beispielsweise fundamentale VoC-Gegner die Stabilität der unterschiedlichen Arten von Kapitalismen und argumentieren, dass aufgrund des immer größer werdenden Globalisierungsdrucks die Kapitalismen gegen ein liberales System konvergieren sollten (bspw. Howell 2003; Streeck 2009). Indem diese Kritik mit der Liberalisierung nur eine Folge der Globalisierung kennt, ist auch diese wie der VoC-Ansatz selbst zutiefst funktionalistisch und wird der Empirie nicht gerecht. So konnte man in Deutschland wie in den meisten anderen europäischen Ökonomien einen Wandel beobachten. Doch bis heute unterscheiden sich die vom VoC-Ansatz festgestellten koordinierten Marktökonomien fundamental von liberalen Marktökonomien (Jackson/Deeg 2012: 1112). Und so negieren weniger fundamentale Kritiken nicht die Aussagekraft der VoC-Theorie an sich, sondern kritisieren vor allem die Statik des VoC-Ansatzes, die es verhindert, fundamentale institutionelle Veränderungen adäquat zu erklären. Eine der wohl einflussreichsten Arbeiten, die sich auf diese Weise mit dem VoC-Ansatz auseinandersetzen, ist „The Futures of European Capitalism“ von Vivien A. Schmidt. Sie postuliert im Wesentlichen eine Wechselwirkung zwischen Institutionen und diskursiven Prozessen und schafft so, die Statik des VoC-Ansatzes bis zu einem gewissen Grad aufzuheben, ohne die Spielarten des Kapitalismus in der EU zu negieren. Auf den Erkenntnissen dieser Auseinandersetzung wird sich vorliegendes Papier verstärkt beziehen, weswegen im nächsten Teil dessen zugrundeliegende Theorie kritisch vorgestellt werden soll.

2.3 Diskursiver Institutionalismus

Im Allgemeinen widerspricht Schmidt der These, dass Globalisierung und Europäisierung unvermeidlich zu einem „race to the bottom“ führen (Schmidt 2002: Vorwort). Das theoretische Ausgangspostulat ist dabei die bereits erwähnte postulierte Wechselwirkung zwischen Institutionen und diskursiven Prozessen (Schmidt 2002). Mit dieser Ausgangsannahme versucht die Politikwissenschaftlerin die unterschiedlichen institutionellen Entwicklungen der deutschen, französischen und großbritannischen Volkswirtschaft zu erklären. Alle analysierten Volkswirtschaften werden vom VoC-Ansatz als unterschiedliche Ökonomien klassifiziert⁴. Für Schmidt sind diese institutionellen Unterschiede der Grund, weshalb die nationalen Diskurse trotz Ähnlichkeiten unterschiedlich blieben und die analysierten europäischen Länder als Folge dessen unterschiedliche Anpassungspfade beschritten (Schmidt 2002: 303).

Durch den Vergleich unterschiedlicher Volkswirtschaften kann Schmidt die Wechselbeziehung zwischen den Institutionen und den Diskursen offensichtlich machen und dabei die unterschiedlichen institutionellen Entwicklungen der Länder erklären. Dabei misst Schmidts Erklärung dem Diskurs zwar eine große Bedeutung bei, führt aber letztlich die unterschiedlichen Entwicklungen der analysierten

⁴ Deutschland: Koordinierte Marktökonomie, Großbritannien: Liberale Marktökonomie, Frankreich: Mischform.

Länder auf die unterschiedliche institutionelle Ausgangslage dieser zurück. Vorliegende Arbeit negiert nicht die Ergebnisse Schmidts, wird aber die Wirkung von Institutionen auf den Diskurs in den Hintergrund stellen, da eine übermäßige Konzentration auf diese bei der Erklärung von institutionellen Wandel in einem einzelnen Land, wie es diese Arbeit vorhat, als wenig hilfreich angesehen wird.

Was für vorliegende Arbeit deswegen zentral werden soll, ist die Wirkung des Diskurses auf Institutionen. Hier weist Schmidt auf die Möglichkeit von Krisensituationen hin, die diskursive Neukonstruktionen hervorrufen können (Schmidt 2002: 225). Diese diskursiven Neukonstruktionen können zu institutionellen Veränderungen führen (ebd.). In Anbetracht von Krisensituationen nimmt Schmidt also eine konstruktivistische Perspektive ein. Konstruktivismen werden im Allgemeinen als „Theorien der Bedeutungsschaffung“ (Brand 2012: 127) angesehen. Schmidt denkt also, dass sich in Krisensituationen die diskursive Bedeutungszuschreibung hinsichtlich der Institutionen eines Landes ändern kann. Mit anderen Worten: Schmidt theoretisiert, dass als Folge einer Krise ein und dieselben Institutionen im Land diskursiv anders wahrgenommen werden können als vor der Krise. Tritt dies ein, führt die geänderte Wahrnehmung zu institutionellen Veränderungen.

Was ein Problem für den von Schmidt aufgestellten Mechanismus darstellt, ist der Fall Deutschland. So kann Schmidt zwar den seit Mitte der 1990er Jahre sinkenden Koordinationsgrad der deutschen Ökonomie auf die Massenarbeitslosigkeit der 90er Jahre zurückführen. Warum allerdings nicht schon die deutsche Wirtschaftskrise der 80er Jahre, die ähnliche Parameter aufweist wie die der 90er, in einen Liberalisierungsprozess mündete, kann Schmidt nicht hinreichend beantworten. Schmidt verweist dabei nur auf die ‚Anpassungsfähigkeit‘ des bestehenden Diskurses und postuliert, dass nicht jede Krise zu fundamentalen institutionellen Veränderungen führen müsse (Schmidt 2002: 226). Dies wirft die Frage auf, unter welchen Umständen Krisen zu institutionellen Veränderungen führen, was vorliegende Arbeit zu beantworten versucht. Dafür soll zunächst Schmidts Diskursverständnis genauer vorgestellt werden.

Ein Diskurs besteht nach Schmidt aus „whatever policy actors say to one another and to the public in their efforts to generate and legitimize a policy programme“ (Schmidt 2002: 210). An dieser Definition wird sich in dieser Arbeit angelehnt. Nach Schmidt entfaltet sich ein Diskurs anhand zweier Achsen: der ideenbasierten sowie der interaktiven (Schmidt 2002: 210f.). Die interaktive Achse beleuchtet die Führung von Diskursen, die koordiniert oder kommunikativ geführt werden können. Während ein koordinierter Diskurs durch das Vorhandensein vieler verschiedener Policy-Akteure gekennzeichnet ist, richtet sich ein kommunikativer Diskurs von einer zentralen Stelle (meist der staatlichen Exekutive) direkt ans Volk. Ob ein Diskurs kommunikativ oder koordiniert geführt wird, beruht letztlich auf den institutionellen Begebenheiten eines Landes. Auf die Ergebnisse Schmidts, die in Deutschland eine koordinierte Diskursführung feststellt (Schmidt 2002: 231), wird sich vorliegende Arbeit insofern beziehen, als dass sie eine möglichst große Bandbreite an Policy-Akteuren in die Diskursanalyse miteinbeziehen wird. Die für diese Arbeit als relevant erachteten Akteure werden im Methoden-Teil vorgestellt.

Kritischer sieht die Studie die ideenbasierte Achse. Diese unterteilt Schmidt ebenfalls in zwei Kategorien und bildet sich aus den Policy-Methoden⁵ und den nationalen Werten (Schmidt 2002: 213f.). Während sie den Policy-Methoden die Funktion der kognitiven Überzeugung zuschreibt, haben die nationalen Werte eine normative Funktion: durch sie wird entschieden, ob die diskutierten Policy-Methoden mit den nationalen Werten übereinstimmen (Schmidt 2002: 218). Deswegen sind für Schmidt vor allem die nationalen Werte ursächlich für die Durchsetzung unterschiedlicher Policy-Methoden in unterschiedlichen Ländern. Hier setzt meine Kritik an Schmidts Theorie an. Die Betonung nationaler Werte ist zwar in einem internationalen Diskurs-Vergleich zielführend. Wenn aber eine Antwort auf die Frage gefunden werden soll, warum im selben Land zwei Krisen unterschiedliche Konsequenzen hatten, ist die Fokussierung auf nationale Werte eher hinderlich.

Anstatt sich auf die Existenz nationaler Werte zu fokussieren, schlägt vorliegende Arbeit vor, die Konstruktion von Krisen stärker in den Mittelpunkt zu rücken. Das Krisenverständnis von Schmidt erweist sich hierbei als problematisch. Diese versteht Krisen als Momente offener Entscheidungen und weist konsequenterweise darauf hin, dass Krisen nicht immer einen neuen Diskurs zur Folge haben müssen (Schmidt 2002: 226). Dies ist der größte Schwachpunkt in Schmidts Werk. So beschreibt sie zwar die Wichtigkeit diskursiver Bedeutungszuschreibungen für Institutionen, verkennt aber, dass auch Krisen diskursiv konstruiert sind.⁶ Hierbei möchte ich mich vor allem auf den in der Tradition des Konstruktivismus entstandenen wissenssoziologischen Ansatz von Berger und Luckmann berufen. Nach diesem geht die Ausrufung einer Krise einher mit einer Identitätsbildung (Berger/ Luckmann 1967: 132). In einer solchen spielen nationale Werte natürlich eine Rolle, sie determinieren diese aber nicht. Denn betrachtet man die Krisenkonstruktion als die Konstruktion einer Identität, so kann man auf zahlreiche Arbeiten zurückgreifen, die betonen, dass die Konstruktion der eigenen Identität zu großen Teilen durch die Abgrenzung und Unterscheidung zum ‚Anderen‘ geschieht (bspw. Campbell 1998: 9). Auf diesen Erkenntnissen aufbauend argumentiert vorliegende Arbeit, dass die diskursive Konstruktion wirtschaftlicher Krisen zu großen Teilen auf dem Vergleich mit der wirtschaftlichen Situation anderer Länder beruht. Angenommen wird, dass dies Konsequenzen für die diskursive Artikulation von Policy-Methoden hat. Wird die wirtschaftliche Situation der anderen Länder, auf die im Diskurs Bezug genommen wird, mehrheitlich als positiver diskursiv konstruiert als die eigene wirtschaftliche Situation, so wird angenommen, dass als Folge die artikulierten Policy-Maßnahmen fundamentalere Veränderungen vorschlagen, als wenn die wirtschaftliche Situation anderer Länder als mindestens ebenso negativ wie die eigene wirtschaftliche Situation konstruiert wird. Dies sollte anlehnd an Schmidt dazu führen, dass in ersterem Fall fundamentale institutionelle Veränderungen zu beobachten sein sollten, in letzterem Fall nicht.

⁵ Diese werden im Laufe der Arbeit auch als ‚Lösungsmöglichkeiten aus der Krise‘ umschrieben.

⁶ Um Missverständnisse auszuschließen, möchte ich klarstellen, dass dies nicht bedeutet, dass Krisen nicht real seien. Vielmehr soll herausgestrichen werden, dass es sich bei Krisen immer um interpretierte und kommunizierte Tatsachen handelt.

Vorliegende Arbeit möchte also die nationalen Werte, in der von Schmidt postulierten ideenbasierten Diskursachse, durch die spezifische diskursive Konstruktion einer Krise ersetzen. Während Schmidt so annimmt, dass diskutierte Policy-Methoden in erster Linie mit den nationalen Werten eines Landes kohärent sein müssen, um sich durchsetzen können, legt vorliegende Arbeit nahe, dass die Artikulation von Policy-Methoden eng mit der spezifischen diskursiven Konstruktion der Krise zusammenhängt. Die Hypothese vorliegender Arbeit lautet darauf aufbauend wie folgt:

Wird die Krise einer Ökonomie negativer diskursiv konstruiert als die wirtschaftliche Situation anderer Länder, so wird den Institutionen dieser Ökonomie diskursiv eine neue Bedeutung zugeschrieben. Darauf aufbauend werden fundamentale Policy-Maßnahmen als Lösungen aus der Krise artikuliert, die in einem institutionellen Wandel münden. Wird die Krise einer Ökonomie in Relation zu den wirtschaftlichen Lagen anderer Länder als vergleichbar oder besser diskursiv konstruiert, so sollte diese Krise keine diskursiven Bedeutungsneuschreibungen von Institutionen nach sich ziehen. Als Folge dessen kommt es zu keinen fundamentalen institutionellen Veränderungen.

3 Methodik und Forschungsdesign

Vorliegende Arbeit wird eine vergleichende Diskursanalyse durchführen, in der ausgewählte Sprechakte von als relevant erachteten Akteuren untersucht werden. Um sich einer vergleichenden Methode bedienen zu können, ist die Auswahl der Fälle sehr wichtig, die im Folgenden vorgestellt werden soll. Nach der Fallauswahl wird im Punkt 3.2 auf die Vorgehensweise der Diskursanalyse eingegangen. Abschließend wird auf die Observable Variables eingegangen.

3.1 Fallauswahl

Vorliegende Arbeit konzentriert sich auf den Fall Deutschland. Wie dieses Kapitel aufzeigen wird, kann angenommen werden, dass der Koordinationsgrad der deutschen Ökonomie seit Jahren kontinuierlich sinkt. Dies widerspricht den Kontinuitäts-Erwartungen der VoC-Theorie und stellt somit ein Problem für die Theorie dar. Dass ausgerechnet der Koordinationsgrad der deutschen Ökonomie sinkt, wiegt besonders schwer. Denn Deutschland gilt als das klassische Beispiel der VoC-Theorie für eine koordinierte Marktökonomie. Weiterhin beeinflussen in Deutschland vorherrschende dominante Deutungen die Entwicklungen in anderen EU-Mitgliedsländern maßgeblich (Matthijs 2016). Deswegen wird angenommen, dass die Ergebnisse dieser Arbeit von großer Relevanz sowohl für die VoC-Literatur als auch für die Beurteilung der wirtschaftlich-institutionellen Entwicklungen anderer europäischer Länder sein können.

Dass sich vorliegende Arbeit ausschließlich auf ein Land bezieht, hat neben den theoretischen Gründen auch methodische Vorteile. Folgt man einer vergleichenden Methode, so ist nach Lijphart vor allem die Vergleichbarkeit der Fälle wichtig als auch möglichst viele konstante Variablen (Lijphart 1971). Dabei ermöglicht der diachrone, landesinterne Vergleich möglichst viele Variablen konstant zu halten

(Lijphart 1971: 689). Zwar ist „the same country [...] not really the same at different times“ (ebd.), weswegen auch hier eine perfekte Variablenkontrolle nicht möglich ist. Dennoch erscheint der in dieser Arbeit vollzogene Fallvergleich als gute Option, möglichst viele Variablen konstant zu halten, auch weil die behandelten Fälle zeitlich recht nah beieinander liegen. Die Wiedervereinigung Deutschlands stellt hierbei kein Problem dar, da bei dieser die Institutionen Westdeutschlands von den neuen Bundesländern übernommen wurden (Ellguth, Kohaut 2009: 69).

Nachdem vorgestellt worden ist, wie eine möglichst hohe Variablenkontrolle sichergestellt werden konnte, soll nun auf das zweite von Lijphart genannte Gütekriterium eines Fallvergleichs eingegangen werden. Dieses besteht in der Vergleichbarkeit der Fälle. Vorliegende Arbeit stellt diese sicher, indem sie die für Makroökonomien wichtigsten Variablen für die Beurteilung wirtschaftlicher Situationen heranzieht: Diese sind das Wachstum des Bruttoinlandproduktes (BIP) und die Arbeitslosenquote (Blanchard 2017: 26). Wie nachfolgende Graphiken zeigen, weisen beide Krisen ähnliche Werte auf. Nachfolgend ist das BIP-Wachstum der Bundesrepublik zwischen 1976 und 2000 abgebildet. Wie alle nachfolgenden Graphiken beziehen sich die Daten bis 1991 auf die Daten Westdeutschlands und zeigen danach die Entwicklung Gesamtdeutschlands an.

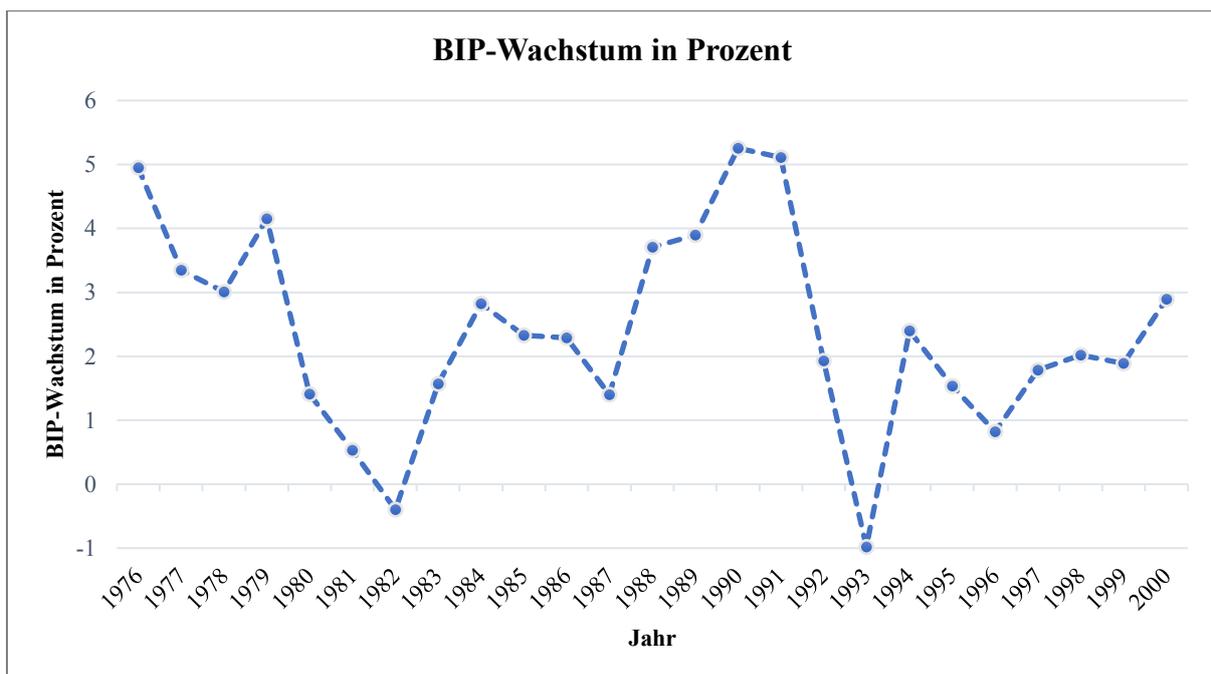


Abbildung 1: BIP-Wachstum (Statistisches Bundesamt 2020a: 121)

Die Graphik zeigt, wie sich das Wirtschaftswachstum in den Jahren vor 1980 zwischen einem drei- und vierprozentigen Anstieg bewegte. Ab diesem Zeitpunkt wurde das Wirtschaftswachstum kontinuierlich kleiner und erreichte seinen Tiefpunkt im Jahr 1982 mit einer negativen Wachstumsrate von -0,4 Prozent. In allen restlichen Jahren zwischen 1980 und 1985 lag das Wirtschaftswachstum zwischen 0,53 Prozent und 2,82 Prozent und war damit deutlich kleiner als in den Jahren der Nachkriegszeit. Die Wirtschaftslage Mitte der 1990er zeigt sich ähnlich. Auch hier gab es ein Jahr des Wirtschaftsabschwungs und mehrere Jahre, in denen die Wirtschaftsleistung nur vergleichsweise

schwach anstieg. Nach dem sogenannten Wiedervereinigungsboom mit Wachstumsraten von knapp über fünf Prozent in den Jahren 1990 und 1991, flaute das Wirtschaftswachstum bereits im Jahr 1992 ab (1,93 Prozent) und war im Jahr 1993 negativ (-0,98 Prozent). In den darauffolgenden Jahren wuchs die Wirtschaft schwach.

Nachfolgende Graphik veranschaulicht die Entwicklung der Arbeitslosenquote zwischen 1976 und 2000.

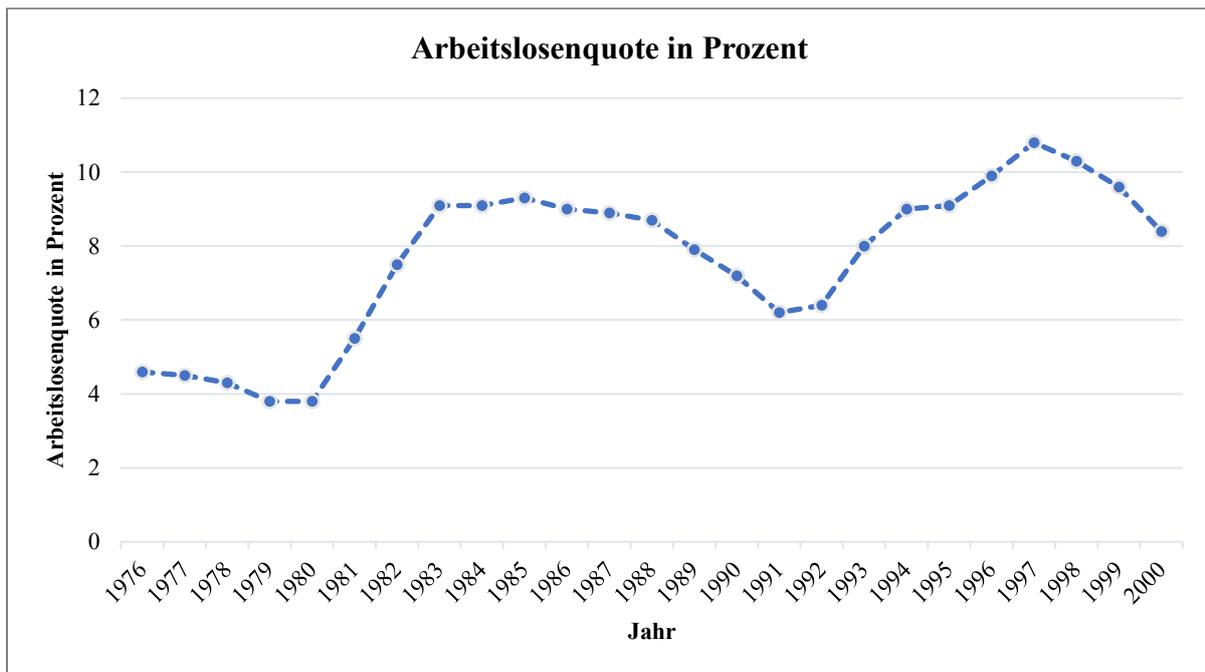


Abbildung 2: Entwicklung der Arbeitslosenquote (Statistisches Bundesamt 2020b)

In der Graphik wird deutlich, dass parallel zum sich abschwächenden Wirtschaftswachstum die Arbeitslosenquote sowohl Anfang der 1980er als auch Mitte der 1990er steigen. So stieg in der 80er-Jahre-Krise der Anteil der Erwerbsfähigen ohne Arbeit von 5,5 Prozent im Jahr 1981 auf 9,1 Prozent im Jahr 1983. Danach stabilisierte sich die Arbeitslosenquote auf hohem Niveau und stieg bis 1985 nur noch um 0,2 Prozentpunkte weiter an. Bis 1988 fiel der Parameter leicht um 0,5 Prozentpunkte. Danach sank der Arbeitslosenanteil im Vergleich zu den Erwerbsfähigen etwas stärker und erreichte 1991 mit 6,2 Prozent sein Minimum. Ab 1992 stieg die Arbeitslosenquote während der zweiten betrachteten Krise wieder konstant an. So lag die Arbeitslosenrate 1992 bei 6,4 Prozent und stieg bis 1997 auf 10,8 Prozent an. Im Jahr 1995, in dem, wie unten erläutert, der Liberalisierungsprozess der deutschen industriellen Beziehungen begann, lag die Arbeitslosenquote bei 9,1 Prozent.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sowohl die Wachstumsraten der Wirtschaft als auch die Arbeitslosenquoten in beiden Perioden nicht vollkommen identisch sind. Sie sind sich aber so ähnlich, dass es als unwahrscheinlich erscheint, dass die geringfügigen Unterschiede der vorgestellten Wirtschaftslagen ursächlich dafür sind, dass der Koordinationsgrad der deutschen Wirtschaft in Folge

der 80er-Jahre-Krise konstant blieb und in Folge der 90er-Jahre-Krise dagegen ein so deutlicher Liberalisierungsprozess begann.

Weil die industriellen Beziehungen einen wichtigen Wirtschaftsteilbereich einer Ökonomie darstellen (bspw. Silvia/ Schroeder 2007: 1433), deren Entwicklung darüber hinaus gut mit Daten belegt werden kann und diese auch in den Medien populär behandelt werden, wird sich meine Arbeit ausschließlich auf diesen Teil der Wirtschaft beschränken. Dies ist möglich, da ich der VoC-Annahme der institutionellen Abhängigkeiten folge. Nach dieser ist zu erwarten, dass institutionelle Entwicklungen in einem Wirtschaftsbereich einhergehen mit ähnlichen institutionellen Veränderungen in anderen Bereichen.

Doch auch die industriellen Beziehungen sind ein weites Gebiet. Will man die Entwicklung des Koordinationsgrades dieses Bereichs nachzeichnen, muss man sich auf die Betrachtung einiger Faktoren beschränken. Zwar schlagen Hall und Soskice in ihrem Werk nicht explizit vor, welche Faktoren man bei der Analyse der industriellen Beziehungen betrachten sollte, dennoch wird an nachfolgendem Paragraphen deutlich, welche Merkmale sie als besonders wichtig für die industriellen Beziehungen von koordinierten Marktwirtschaften erachten:

„The German industrial relations system [...] set[s] wages through industry-level bargains between trade unions and employer associations [...]. Although union density is only moderately high, encompassing employers' associations bind their members to these agreements. [...] The complement to these institutions at the company level is a system of work councils composed of elected employee representatives endowed with considerable authority over layoffs and working conditions” (Hall und Soskice 2002: 24f.).

Orientierend an diesem Zitat, betrachte ich die Entwicklung der industriellen Beziehungen in Deutschland. Begonnen werden soll dabei mit dem zweiten Satz des zitierten Paragraphen. Dieser verweist auf die Tarifbindung in Deutschland, die die Frage beantwortet, welcher großer Anteil an Arbeitsbeziehungen in einer Volkswirtschaft von Tarifverträgen geregelt wird, also von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften verhandelt werden. Nachfolgende Graphik zeigt die Entwicklung dieses Parameters auf.

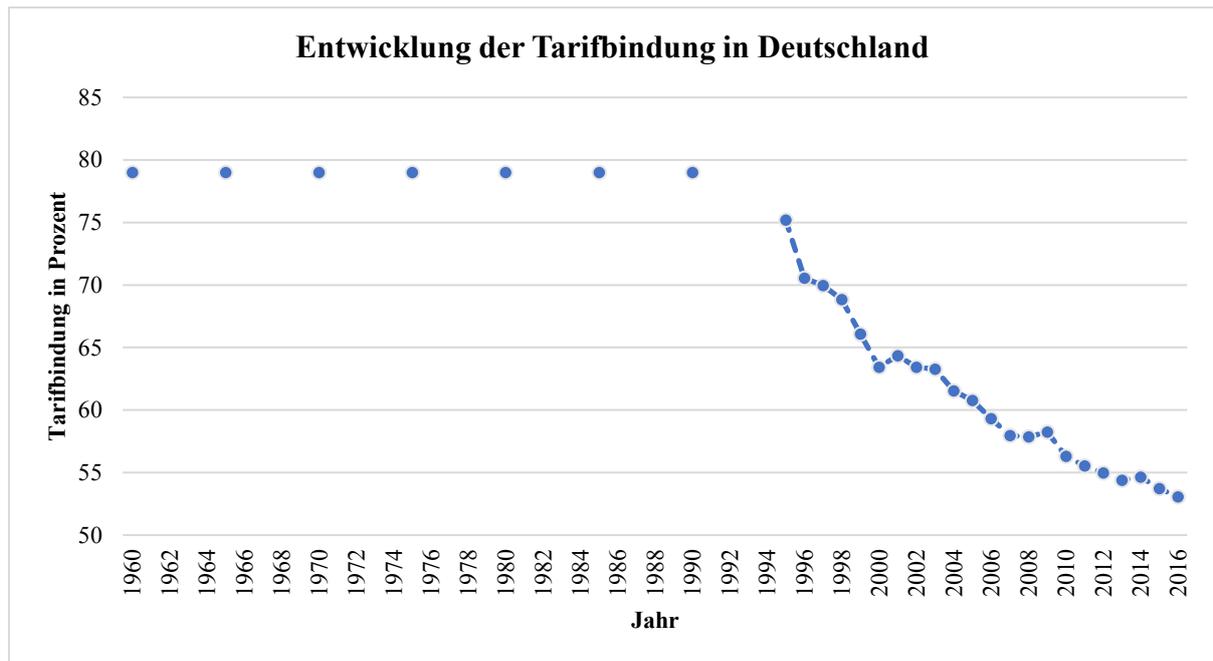


Abbildung 3: Entwicklung der Tarifbindung in Deutschland (Visser 2019a: Datenbank)

Wie diese Graphik zeigt, herrschte in Deutschland bis zum Jahr 1990 eine konstant hohe Tarifbindung von 79 Prozent vor. Die Daten zur Tarifbindung in Deutschland wurden bis 1995 alle fünf Jahre erfasst; seit 1995 jährlich. Deswegen kann nicht exakt bestimmt werden, in welchem Jahr die Tarifbindung in Deutschland zum ersten Mal gesunken ist. Was gesagt werden kann, ist, dass es zwischen 1990 und 1995 zu einem ersten Abschwung in der Tarifbindung kam. Lag die Tarifbindung 1990 noch bei 79 Prozent, lag sie 1995 nur noch bei 75,2 Prozent, was ein Abschwung von fast vier Prozentpunkten bedeutet. Zwischen 1995 und 2000 verdeutlichte sich dieser Trend: Bis in das Jahr 2000 verringerte sich die Tarifbindung um fast 12 Prozentpunkte auf 63,4 Prozent. Der Trend in Richtung einer im geringer werdenden Tarifbindung in Deutschland setzt sich seit der Jahrtausendwende in einem geringeren Ausmaß fort. In 2016, dem letzten Jahr aus dem Daten vorliegen, liegt die Tarifbindung bei circa 53,1 Prozent. Damit sank die Tarifbindung seit 2000 um durchschnittlich etwas mehr als 3 Prozentpunkte alle fünf Jahre. Festgehalten werden kann also, dass die Trendwende in Richtung einer niedrigeren Tarifbindung in der ersten Hälfte der 1990er Jahre begann und sich in der zweiten Hälfte der 1990er verschärfte. Der Bedeutungsverlust der Tarifbindung in Deutschland ist gleichbedeutend mit dem Bedeutungszuwachs liberaler Formen der Koordination von Arbeitsbeziehungen. Dies bedeutet, dass der Anteil an Erwerbstätigen in Deutschland, die ihre Arbeitsbedingungen einzeln mit ihrem Arbeitgeber verhandeln seit den 1990er Jahren gestiegen ist, womit eine Liberalisierung der deutschen Arbeitsbeziehungen zu konstatieren ist.

Der erste Satz des obigen Paragraphen macht deutlich, dass in koordinierten Marktwirtschaften für Hall und Soskice eine branchenweite Festsetzung der Löhne durch Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände wichtig ist. Denn was zu beachten gilt, ist, dass es in Deutschland

Branchentarifverträgen⁷ und Betriebstarifverträge⁸ gibt. Hierbei bedeutet die Abschließung eines Flächentarifvertrages eine deutlich höhere Koordination als die Abschließung eines Betriebstarifvertrages, weswegen eine Betrachtung dieses Parameters sinnig ist. Hierbei zeigt sich, dass die Abschließung von Betriebstarifverträgen seit dem erstmaligen Vorliegen von Daten im Jahr 1990 nahezu konstant ist. Im Jahr 1990 wurden die Arbeitsbeziehungen von 9 Prozent aller Beschäftigten durch einen Betriebsvertrag geregelt. 1995 und 1996 betrug dieser Wert ungefähr 8,6 Prozent; bis 2016 sank er weiter gering auf 8,2 Prozent (Visser 2019b). Dies zeigt, dass vor allem der Branchentarifvertrag für den Abschwung in der Tarifbindung verantwortlich ist, was ein weiterer Indikator für eine hohe Liberalisierung ist.

Folgende Graphik zeigt, dass der Branchentarifvertrag für die Gesamtwirtschaft sowohl auf dem Gebiet des früheren Bundesgebietes als auch in den neuen Bundesländern gesunken ist.

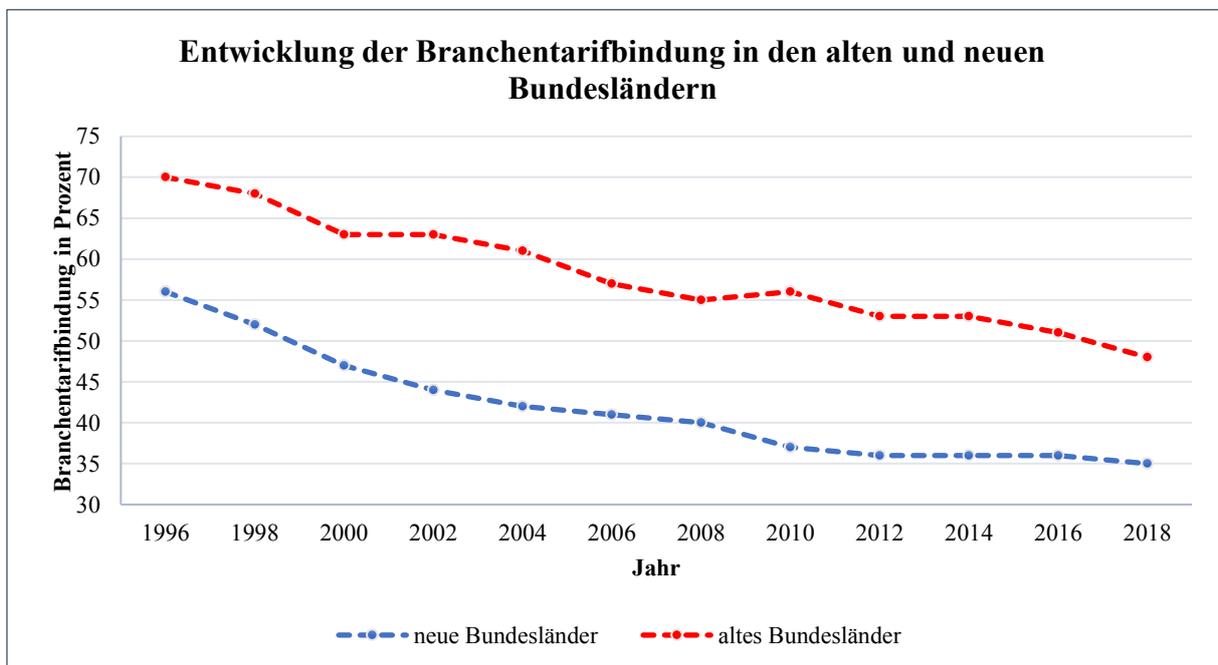


Abbildung 4: Entwicklung der Branchentarifbindung in den alten und neuen Bundesländern (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2020: Tabellenblatt 5)

Die Graphik zeigt, dass der Abfall der Branchentarifbindung in beiden Teilen des Bundesgebiets bei unterschiedlichen Ausgangsniveaus mit ähnlicher Geschwindigkeit passiert. Dies lässt annehmen, dass in Ost- und Westdeutschland derselbe Mechanismus zu einer Liberalisierung der industriellen Beziehungen führt. Die Wiedervereinigung als Grund für den Abfall in der Tarifbindung kann somit ausgeschlossen werden.

Der letzte Satz des obigen Paragraphen verweist auf die Existenz von Betriebsräten. Wohl auch aufgrund der schlechten Datenlage, wird dieser Faktor in den meisten Analysen außer Acht gelassen (bspw.

⁷ Werden auch als Flächentarifverträge bezeichnet.

⁸ Werden auch als Haus- oder Firmentarifverträge bezeichnet.

Crouch 2012). Da er aber bei Hall und Soskice explizit Erwähnung findet, wird diese Arbeit versuchen, die Entwicklung dieses Faktors mit der existierenden Literatur so gut wie möglich zu bestimmen. Hierbei erweist sich die Betriebsrätebefragung von 2015 als besonders hilfreich, die zusammenfassend festhält, dass die Betriebsräte seit 1995 deutlich wichtiger werden und deren Rolle seither aufgewertet worden ist (Baumann/Maschke 2016). Diese Feststellung stellt keinen Gegensatz zur allgemeinen Liberalisierung der industriellen Beziehungen in Deutschland dar. Müller-Jentsch erkennt darin vielmehr eine Verstärkung der ‚Verbetrieblichung‘ der Arbeitsbeziehungen in Deutschland (Müller-Jentsch 2017: 102). Der Begriff der ‚Verbetrieblichung‘ bedeutet im Groben, die Verlagerung tarifpolitischer Kompetenzen von der Gewerkschaftsebene auf die Betriebsebene. Da der Betriebsrat den Arbeitnehmern betriebliche Mitbestimmung ermöglicht, kann deswegen zwar nicht von einer völligen Liberalisierung in diesem Bereich gesprochen werden; dennoch unterstreicht diese Entwicklung den seit Mitte der 1990er Jahre absinkenden Koordinationsgrad der deutschen industriellen Beziehungen.

Die vorgeschlagene Operationalisierung der industriellen Beziehungen zielte vor allem darauf ab, die Wirkung der Institutionen der industriellen Beziehungen auf die Produktionsweise erahnen zu können. Parameter wie der gewerkschaftliche Organisationsgrad, der seit seiner erstmaligen Dokumentation im Jahr 1987 kontinuierlich fällt (Visser 2019c), wurden dabei nicht berücksichtigt, da dieser keinen Einfluss auf das tatsächliche Beschäftigungsverhältnis der deutschen Erwerbstätigen hat. Viel wichtiger für die Koordination der tatsächlichen Beschäftigungsverhältnisse der deutschen Erwerbstätigen ist die Organisationsfähigkeit der Arbeitgeber (Hall/ Soskice 2001: 25). Diese begann nahezu parallel mit den oben vorgestellten Parametern zu sinken (Behrens 2011: 14ff.), weswegen dieser Punkt nicht separat vorgestellt wurde. Weiterhin soll angemerkt sein, dass vorgeschlagene Operationalisierung die Entwicklung der industriellen Beziehungen nur recht grob nachzuzeichnen vermag. So lässt der Fokus auf die Tarifbindung außer Acht, dass selbst tarifgebundene Unternehmen immer mehr Öffnungsklauseln in Tarifverträgen durchsetzen (Brändle et al. 2011), was ein weiteres Indiz für eine Liberalisierung der deutschen industriellen Beziehungen ist. Gleichzeitig dient der Branchentarifvertrag weiterhin als wichtiger Orientierungspunkt vieler offiziell nicht-tarifgebundener Unternehmen (Bossler 2019), was die gemachten Beobachtungen etwas schmälert. Die Betrachtung dieser Parameter wird aber nur als Detail-Beobachtungen angesehen, weswegen vorgeschlagene Operationalisierung auf diese nicht näher einging. Deswegen wird die obige Vorstellung der Entwicklung der zentralen Eckpfeiler der deutschen industriellen Beziehungen als hinreichend betrachtet, um zu konstatieren, dass es Mitte der 1990er Jahre zu einem fundamentalen Wandel in der Konzeption der deutschen industriellen Beziehungen gekommen ist.

Obwohl durch den diachronen Fallvergleich verhältnismäßig viele Variablen konstant gehalten werden können und die Datenlage die beiden Krisen vergleichbar beschreibt, hatten sie unterschiedliche Konsequenzen für den Bereich der industriellen Beziehungen. Da die Datenlage nicht erklären kann, weswegen die 90er Jahre-Krise zu einer deutlichen Liberalisierung der deutschen industriellen

Beziehungen führte, während die Krise der 80er Jahre keine offensichtlichen Auswirkungen auf die industriellen Beziehungen hatte, bedient sich vorliegende Arbeit einer konstruktivistischen Perspektive.

3.2 Methodik und Generalisierbarkeit

Die empirische Basis der konstruktivistischen Perspektive dieser Arbeit ist die Diskursanalyse. Diese versucht institutionalisierte Sprechweisen offensichtlich zu machen und hat dabei zum Ziel, die Relevanz diskursiver Strukturen für politische Prozesse aufzuzeigen (van Dijk 1997: 38). Vorliegende Studie erhofft sich mit der vergleichenden Methode wesentliche Strukturen der untersuchten Diskurse erkennen zu können. Diskursstrukturen kennzeichnen sich durch die Wiederholbarkeit von Aussagen (Nonhoff 2006: 34) und können so leicht als objektive Beschreibung erscheinen, weswegen Diskursstrukturen so wirkmächtig sind. Als Folge davon, so argumentiert diese Arbeit, können zwei sich ähnelnde Wirtschaftskrisen unterschiedliche institutionelle Veränderungen nach sich ziehen, die durch die unterschiedliche diskursive Konstruktion dieser Krisen vermeintlich ‚objektiv‘ begründet sind. Indem die Arbeit die Diskurse dieser vergleichbaren Wirtschaftslagen analysiert, sollen die Strukturen der untersuchten Diskurse ersichtlich werden.

Anlehnend an Schmidt wird sich diese Arbeit, wenn sie von Diskurs spricht, auf den in den Medien zu beobachtendem Diskurs beziehen. Dabei wurden die Sprechakte folgender Akteure als relevant für die Analyse identifiziert:

- *Politiker*: Schmidt betrachtet die Sprechakte dieser als zentral für einen Policy-Diskurs (Schmidt 2002: 209ff.). Deswegen wird nachfolgende Diskursanalyse sowohl die Sprechakte von Bundes- als auch Landespolitikern inkludieren.
- *Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter*: Die Sprechakte dieser Akteure werden in die Analyse miteinbezogen, weil diese als Tarifpartner das Fundament der industriellen Beziehungen bilden. Indem die Sprechakte beider Akteure der industriellen Beziehungen beachtet werden, wird erhofft, die Struktur der damaligen Diskurse klar von Meinungsäußerungen aufgrund von unterschiedlichen Interessenspositionen unterscheiden zu können. Überdies kann durch Inkludierung der Sprechakte von Arbeitgebervertretern abgeschätzt werden, inwiefern der Unternehmens-Fokus des VoC-Ansatzes gerechtfertigt ist.
- *Medien*: Da allgemein anerkannt ist, dass Medien Sprechakte nicht ungefiltert wiedergeben, sondern kontextualisieren, hält es vorliegende Arbeit für gerechtfertigt, die Medien als weiteren relevanten Akteur im zu analysierenden Diskurs zu benennen.

Da es unmöglich ist, den gesamten öffentlich-medialen Diskurs zu analysieren, wurde für diese Arbeit ein Korpus mit Artikeln erstellt, die im Analyse-Teil untersucht werden sollen. Ein Korpus stellt eine relevante Teilmenge des Diskurses dar (Busse/ Teubert 1994: 14). Das Ziel bei der Erstellung des Korpus war folglich, den öffentlich-medialen Diskurs möglichst adäquat abzubilden. Dass im Korpus ausschließlich Artikel des Spiegels aufgenommen wurden, beruht auf diesen Überlegungen und hat

folgende Gründe: Zum einen bezeichnet sich der Spiegel selbst als politisch unabhängiges Medium (SPIEGEL 2020a), weswegen angenommen wird, dass Spiegel-Artikel einen vergleichsweise großen Teil der damaligen Diskurspositionen widerspiegeln. Zum anderen gehört der Spiegel zu den Leitmedien des Landes (Wilke 2009). Dabei hat nur die Bild-Zeitung eine höhere Auflagenzahl als der Spiegel. Eine Untersuchung von Spiegel-Artikel hat den Vorteil, Einblicke in bereits etabliertere diskursive Aussagen und Meinungen zu erlangen (Jäger 2009: 193), was in Artikeln der Bild-Zeitung so nicht uneingeschränkt möglich gewesen wäre. Die hohen Auflagezahlen des Spiegels sowie die anzunehmende diskursive Etablierung der darin zu findenden Aussagen stellen sicher, dass die analysierten Sprechakte relevant für die Bildung der damaligen Diskurse waren. Relevant sind sie dann, wenn sich auf die im Medium publizierten Inhalte Reaktionen bilden. Der Spiegel zählte im Jahr 2000 zu den meistgelesenen Medien unter Journalisten (Wilke 2009: 37). Somit kann davon ausgegangen werden, dass die Berichterstattung des Spiegels Einfluss auf die Berichterstattung weiterer Medien hatte und einen guten Ausgangspunkt darstellt, um sich den Diskurs der 80er beziehungsweise 90er Jahre anzunähern.

Zur Rekonstruktion des Diskurses wurden mit Hilfe der Suchfunktion auf der Spiegel-Homepage folgende Begriffe eingegeben: Tarifpolitik, Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, Tarifpartner, Tarifautonomie, Wirtschaftskrise. Daraus ergaben sich 29 Texte, die in den Artikel-Korpus aufgenommen wurden. Drei Artikel stammen dabei aus der zweiten Hälfte des Jahres 1994, zehn aus dem Jahr 1995 und vier aus der ersten Jahreshälfte von 1996. Zur Rekonstruktion des Diskurses Anfang der 80er stammen fünf Artikel aus dem Jahr 1981, drei aus dem Jahr 1982 und vier aus dem Jahr 1983. Das Jahr 1995 wurde ausgewählt, da, wie oben gezeigt wurde, innerhalb dieses Jahres der Liberalisierungsprozess der deutschen industriellen Beziehungen erstmalig verstärkt zugenommen hat. Es kann angenommen werden, dass die Diskursstrukturen des Jahres 1995 bereits früher begannen sich zu etablieren und auch nach Ende des Jahres 1995 weiterwirkten. Um den Diskurs Mitte der 90er Jahre ausführlicher analysieren zu können, werden deswegen sowohl Artikel aus der zweiten Hälfte des Jahres 1994 in die Analyse miteinbezogen als auch Artikel aus der ersten Hälfte von 1996. Um den Diskurs der 80er-Jahre-Krise repräsentieren zu können, wurde auf Artikel aus den Jahren 1981 bis 1983 zurückgegriffen. 1981 wurde ausgewählt, da dieses Jahr als der Beginn der damaligen Krise betrachtet werden kann. Artikel aus den Jahren 1982 und 1983 sind im Korpus enthalten, da die oben vorgestellte Datenlage diese Jahre als den Tiefpunkt der damaligen Krise ausweist. Somit umfasst der analysierte Diskurs Anfang der 80er einen insgesamt größeren Zeitraum als der untersuchte Diskurs Mitte der 90er. Dies ist mit der im Vergleich zu Mitte der 90er insgesamt geringeren Anzahl an Publikationen zu begründen, die sich Anfang der 80er mit der Wirtschaftskrise beziehungsweise den industriellen Beziehungen beschäftigt haben. Um auf eine vergleichbare Anzahl an Artikeln zu kommen wie der Artikel-Korpus des 90er-Jahre-Diskurses, wurde entschieden, den Zeitraum für die Diskursanalyse Anfang der 80er größer zu fassen.

3.3 Observable Implications

Nachdem vorgestellt wurde, nach welchen Kriterien Artikel in den zu analysierenden Korpus aufgenommen wurden, soll nun erläutert werden, welche Art von Sprechakten für die Diskursanalyse im Speziellen als relevant erachtet wurde. Indem die Arbeit postuliert, dass die spezifische Krisenkonstruktion bedingt, ob eine diskursive Neukonstruktion der bestehenden Institutionen erfolgt, was wiederum Auswirkungen auf die Artikulation von Policy-Methoden hat, wurde in einem ersten Schritt versucht, die diskursive Konstruktion der beiden betrachteten Krisen durch die Sprechakte der im Methodenteil genannten Akteure zu rekonstruieren. Dabei wurde nach Äußerungen gesucht, die über die bloße Feststellung einer Krise hinausgehen und die beiden betrachteten Krisen bewerten oder kontextualisieren. Da die Arbeit annimmt, dass Wirtschaftskrisen vor allem im Vergleich zur wirtschaftlichen Situation anderer Länder konstruiert werden, wurden alle Sprechakte in die Diskursanalyse aufgenommen, die sich auf diese Weise über die inländische Krise äußerten. Da diskursive Bedeutungszuschreibungen von Institutionen Hand in Hand mit den artikulierten Policy-Maßnahmen gehen, wurde in einem zweiten Schritt versucht, sowohl die Bedeutungszuschreibungen hinsichtlich der Institutionen der industriellen Beziehungen als auch die in diesem Feld artikulierten Policy-Maßnahmen zu rekonstruieren. Dabei wurden sämtliche Sprechakte in die Diskursanalyse aufgenommen, die die deutschen industriellen Beziehungen bewerteten und dabei Lösungen für einen Weg aus den beiden analysierten Krisen vorschlugen.

Die Hypothese der Arbeit kann als bestätigt angenommen werden, wenn die Diskursanalyse herausarbeiten kann,

- dass die deutsche Wirtschaftskrise Anfang der 80er Jahre als *nicht negativer* als die wirtschaftlichen Situationen anderer Länder, auf die im Diskurs Bezug genommen wurde, diskursiv konstruiert wurde.
- dass 1981 bis 1983 keine Bedeutungsneuschreibung der betrachteten Institutionen erfolgt ist und damit einhergehend Policy-Maßnahmen tendenziell innerhalb der bestehenden Institutionen artikuliert wurden.
- dass die deutsche Wirtschaftskrise Mitte der 90er Jahre als *negativer* als die wirtschaftlichen Situationen anderer Länder, auf die im Diskurs Bezug genommen wurde, diskursiv konstruiert wurde.
- dass Mitte der 90er Jahre eine fundamentale Bedeutungsneuschreibung der betrachteten Institutionen erfolgt ist und damit einhergehend Policy-Maßnahmen vermehrt außerhalb der bestehenden Institutionen artikuliert wurden.

Würden vorgestellte Beobachtungen gemacht, könnte die Hypothese der Arbeit, dass die spezifische Krisenkonstruktion die nachgehenden institutionellen Entwicklungen bedingt, als hinreichend verifiziert angesehen werden.

4 Analyse

Im Folgenden soll dem ausgewählte Artikel-Korpus wie oben dargestellt eine Diskursanalyse unterzogen werden. Als erster Schritt wird herausgearbeitet, wie die wirtschaftlichen Situationen zwischen 1981 und 1983 sowie zwischen der zweiten Hälfte des Jahres 1994 und der ersten Jahreshälfte von 1996 diskursiv konstruiert wurden. Aufbauend darauf wird anschließend die diskursive Konstruktion der industriellen Beziehungen in den genannten Jahren analysiert.

4.1 Die diskursive Konstruktion der wirtschaftlichen Lagen

Nachfolgend wird die diskursive Konstruktion der wirtschaftlichen Lagen zwischen 1981 und 1983 sowie zwischen der zweiten Hälfte des Jahres 1994 und der ersten Jahreshälfte von 1996 herausgearbeitet. Begonnen wird mit der Analyse des Diskurses zwischen 1981 und 1983.

4.1.1 Zwischen 1981 und 1983

Die wirtschaftliche Situation Deutschlands wurde zwischen 1981 und 1983 mit der wirtschaftlichen Situation anderer Länder verglichen. Indem die Situation anderer Länder im Diskurs als ähnlich schlecht wie die eigene Wirtschaftslage diskursiv konstruiert wurde, wurde die deutsche Wirtschaftskrise als externer Schock wahrgenommen. An diesem Diskursstrang ist dabei vor allem dessen Domination durch Journalisten auffallend. Es ist davon auszugehen, dass die restlichen als relevant definierten Akteure die nachfolgend aufgezeigte Konstruktion der wirtschaftlichen Lage übernommen haben.

Als Einstieg in die Analyse soll hierbei der einzige hier aufgenommene Sprechakt eines Politikers herangezogen werden. Der damalige Ministerpräsidenten Baden-Württembergs postulierte, „daß die Industrieländer vor einem enormen Umbruch stehen“ (SPIEGEL 1983a). Auch die Unterschrift eines großen Titelbildes eines anderen Artikels lautete ähnlich: „Die Industriegesellschaften sind an einem Wendepunkt angelangt“ (SPIEGEL 1982a). Zwar nehmen die Industrieländer in beiden Sätzen eine Subjektposition ein, jedoch implizieren beide Sätze, dass die Industrieländer im postulierten Umbruch beziehungsweise Wendepunkt keine große Gestaltungskraft haben. Dies verdeutlicht die Verwendung des statischen Verbes „stehen“ im ersten Satz und die Vergangenheitsform „sind angelangt“ im zweiten Zitat. Mehrere weitere Artikel gehen in dieselbe Richtung (bspw. SPIEGEL 1981b: „Schwierigkeiten der Industriegesellschaft in diesem Jahrzehnt“, SPIEGEL 1983b: „Arbeit ist knapp geworden in allen westlichen Industriestaaten“). In einem weiteren Artikel heißt es relativ zu Beginn, dass „die Weltwirtschaftskrise [...] auch das Nest im Spessart erreicht [hat]“ (SPIEGEL 1982a) und dass „das Sägewerk dichtgemacht [wurde]“ (ebd.). Bezug auf die Situation anderer Länder wurde hier mit dem Begriff der Weltwirtschaftskrise genommen, der anzeigt, dass sich andere Länder auch in einer Wirtschaftskrise befinden. Die Krise wird dabei klar als externer Schock konstruiert, was der Verweis auf die Sägewerks-Schließung zeigt. Indem dabei eine Passivkonstruktion verwendet wird, wird die Sägewerks-Schließung nicht als die Entscheidung des Besitzers konstruiert, sondern primär als nicht

anzuzweifelnde Konsequenz der Weltwirtschaftskrise, die das ‚Nest im Spessart erreichte‘. Die Beschreibung des Ortes Spessart als ‚Nest‘ soll dabei die Wehrlosigkeit des Ortes Spessarts gegenüber der über sie kommenden Krise unterstreichen. Als Grund für die Krise wird vor allem das weltweit nachlassende Wirtschaftswachstum artikuliert (bspw. SPIEGEL 1981b: „[D]er Treibsatz der westlichen Konsumgesellschaften, das Wirtschaftswachstum, [hat] seine Kraft verloren“). Indem dabei meist auf die Probleme anderer Industrieländer verwiesen wird, werden die Probleme des deutschen Systems in den Hintergrund gestellt. So relativiert in einer anderen Reportage ein Journalist die wirtschaftliche Krise Deutschlands mit folgendem Satz: „Ein schlechtes Leben ist es ja nicht“ (SPIEGEL 1982b). Diese Behauptung wird mit dem Fallbeispiel einer Deutschen unterstützt, die „zu Besuch aus den USA, [...] geradezu erschrocken über die Angebotsfülle in der Eßabteilung eines Kölner Kaufhauses“ (ebd.) ist. So bewirkt der Ländervergleich mit den USA eine Relativierung der Situation.

Dass diese Teil-Analyse beinahe ausschließlich Aussagen von Journalisten enthält, zeigt die Problematik und zugleich den Vorteil der Vorgehensweise dieser Arbeit auf. Die Problematik ist offensichtlich: Auch von den restlichen Akteuren gab es Sprechakte zur wirtschaftlichen Situation, wenn die Anzahl dieser auch deutlich unter der Anzahl an Äußerungen von Journalisten blieb. So äußert sich beispielsweise der damalige Sozialminister wie folgt: „Die Krise sitzt tiefer, als viele geglaubt haben“ (SPIEGEL 1982a). Diese Aussage lässt wiederum den Vorteil der gewählten Vorgehensweise erkennen. Es kann angenommen werden, dass, indem diese Aussage lediglich die Krise konstatierte, aber nicht in Relation zu den wirtschaftlichen Situationen anderer Länder setzte, nur geringfügig zur damaligen Krisenkonstruktion beitrug und somit als Lapidaraussage betrachtet werden kann. Indem nur Äußerungen in die Analyse aufgenommen wurden, die die damalige Krise kontextualisierten, wurde sichergestellt, dass ausschließlich relevante Sprechakte untersucht wurden.

4.1.2 Zwischen dem zweiten Halbjahr 1994 und dem ersten Halbjahr 1996

Auch die Wirtschaftskrise Mitte der 1990er wurde im Vergleich zu der wirtschaftlichen Situation anderer Länder konstruiert. Doch im Unterschied zur Krise im vorherigen Jahrzehnt wurde die deutsche Krise negativer als die wirtschaftliche Situation anderer Länder und somit als systemisch konstruiert. Anders als noch im Diskursstrang zuvor konnten mit Ausnahme von Arbeitnehmervertretern Sprechakte aller als wichtig identifizierter Akteure im Diskurs gefunden werden. Dabei wurde die wirtschaftliche Lage im Jahr 1995 von sämtlichen Akteuren ähnlich konstruiert. Begonnen werden soll mit der Analyse der Aussagen der Arbeitgebervertreter. Anschließend soll auf die Sprechakte der Politiker und nachfolgend auf die der Journalisten eingegangen werden.

Begonnen werden soll mit folgendem Sprechakt des damaligen Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), der auf die verglichen mit Deutschland niedrigen Arbeitslosenzahlen in den USA und England blickt: „Gemessen an den amerikanischen oder englischen Erfahrungen – wo die Arbeitslosigkeit seit Jahren sinkt –, könnten in Deutschland Millionen zusätzliche Arbeitsplätze allein im Dienstleistungsbereich entstehen“ (SPIEGEL 1995a). Weiterhin sagt er, dass „ein deutscher

Ingenieur pro Jahr drei Monate weniger arbeitet als sein japanischer Kollege“ (ebd.). Aus diesen Vergleichen mit anderen Ländern schließt er, dass „die Rahmenbedingungen in Deutschland noch zu schlecht“ seien (ebd.) und postuliert einen „Standort-Wettbewerb“ (ebd.). Indem der damalige Telekom-Chef von einem „Wettlauf um Zukunftsbranchen“ (SPIEGEL 1995b) spricht, den Deutschland verloren hat, vergleicht auch er indirekt die wirtschaftliche Situation Deutschlands mit der anderer Länder. Weiterhin wird in einer Reportage der Chef des Krupp-Konzerns zitiert, der sagt, dass die „wesentlichen Standortnachteile [...] nach wie vor vorhanden“ (SPIEGEL 1995c) seien. Die wirtschaftlichen Probleme werden hierbei als systemisch konstruiert, die allerdings nur aufgrund des internationalen Wettbewerbs mit anderen Staaten zustande kommen. Während aber nicht der internationale Wettbewerb als Problem der deutschen Wirtschaftslage identifiziert wird⁹, wird der Fokus auf die innenwirtschaftlichen Probleme des ‚Standorts‘ Deutschland gelenkt. Der Ausdruck ‚Standort Deutschland‘ wird erst seit der 90er-Jahre-Krise vermehrt verwendet.

Wendet man den Blick weg von den Sprechakten der Arbeitgeber und hin zu den Sprechakten der Politiker, erkennt man, wie unumstritten die Konstruktion der wirtschaftlichen Situation als systemische Krise war. So sagt beispielweise ein Politiker der Freien Demokratischen Partei (FDP)¹⁰: „Sehen Sie sich doch das Beispiel der größten Volkswirtschaft der Welt an. Die USA haben in den letzten zehn Jahren ein beispielloses Beschäftigungswunder zustande gebracht“ (SPIEGEL 1996a). Dieser Sprechakt trägt wie schon die vorgestellten Sprechakte der Arbeitgeber zur Konstruktion der wirtschaftlichen Lage als systemisch bei, da dieser die Frage aufwirft, warum Deutschland in einer schlechteren Lage als die USA ist.¹¹ Weiterhin lässt der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung verlauten: „Die Arbeitgeber erinnere ich, daß der Sozialstaat ein Stabilitätsfaktor des Wirtschaftsstandortes Deutschland ist und man ihn nicht kurz und klein schlagen kann“ (SPIEGEL 1995d). Gerade weil der Minister den Sozialstaat hier in Schutz nimmt, zeigt dieses Zitat eindrücklich die Strukturen des damaligen Diskurses auf. Indem er den Schutz des Sozialstaates mit der Stabilisierung des ‚Standortes Deutschland‘ begründet, knüpft der Minister an den Sprechakten der Arbeitgeber an. Selbst der linke SPD-Politiker Lafontaine knüpft an diese an. Für ihn ist „[u]nser [der deutsche] Standort einer der besten der Welt“ (SPIEGEL 1996b). Obwohl er in seiner Meinung abweicht, trägt auch dieser Politiker durch seinen Verweis auf den ‚Standort Deutschland‘ zur Manifestierung der damaligen Diskursstruktur bei. Im selben Artikel wird Grünen-Politiker Fischer zitiert, der Lafontaine kritisiert und sagt: „Eine linke Antwort auf die Standortdebatte kann nicht heißen: Es gibt das Problem nicht“ (ebd.).

Auch von den Journalisten wird die Meinung Lafontaines nicht unterstützt und die Konstruktion der Krise als systemisch weiter manifestiert. Zu Lafontaines Aussagen schreibt ein Journalist: „Im kühlen Klima der Wirtschaftskrise hat sich der Saarländer [Lafontaine] mit den Glaubenssätzen von gestern

⁹ Dadurch wäre die wirtschaftliche Krise der 90er Jahre als externer Schock konstruiert worden.

¹⁰ Die FDP war kleiner Koalitionspartner der damaligen Regierung.

¹¹ Dies bestätigt auch die nachfolgende Frage des interviewenden Journalisten: „Was heißt das für Deutschland?“ (SPIEGEL_1996_04_8870802).

eingrichtet“ (SPIEGEL 1996b). In einem anderen Artikel wird konstatiert: „Tatsächlich sind jenseits der Grenzen die Bedingungen oft besser“ (SPIEGEL 1994a). Dass die wirtschaftliche Situation Deutschlands keineswegs unbedingt als so negativ wie dargestellt konstruiert werden muss, deutet der Spiegel nur ein einziges Mal an, als er die britische Wochenzeitung „Economist“ wiedergibt, die meint, dass Deutschland trotz aller Klagen regelmäßig besser abschneidet als das übrige Europa (SPIEGEL 1995b).

4.2 Die diskursive Konstruktion der industriellen Beziehungen

Nachfolgend wird die diskursive Konstruktion der industriellen Beziehungen zwischen 1981 und 1983 und zwischen der zweiten Hälfte des Jahres 1994 und der ersten Jahreshälfte von 1996 herausgearbeitet. Begonnen wird mit der Analyse des Diskurses zwischen 1981 und 1983.

4.2.1 Zwischen 1981 und 1983

Das deutsche System der industriellen Beziehungen stand im Diskurs zwischen 1981 und 1983 nicht ernsthaft zur Debatte. Der untersuchte Diskursstrang inkludierte alle im Methodenteil als wichtig ausgemachten Akteure. Begonnen werden soll mit der Analyse der Sprechakte der Arbeitnehmervertreter, anschließend werden die Sprechakte der Vertreter der Arbeitgeber vorgestellt und schließlich auf die der Journalisten und Politiker eingegangen.

Arbeitnehmervertreter artikulierten beinahe ausschließlich Arbeitszeitverkürzung als Ausweg aus der Krise. So wird in einem Interview mit einem Gewerkschaftsführer nur über die richtige Form der Arbeitszeitverkürzung gesprochen. Der Gewerkschaftsführer sagt: „Es gibt keinen Königsweg. Gemeinsames Ziel der Gewerkschaften ist es, mit Mitteln der Arbeitszeitverkürzung die Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Da ist es kein Gegensatz, wenn der eine die Lebensarbeitszeitverkürzung, der andere die Wochenarbeitszeitverkürzung vorzieht“ (SPIEGEL 1983c). Auch der Vorsitzende der Gewerkschaft öffentliche Dienste spricht im Allgemeinen positiv über Arbeitszeitverkürzungen: „Die 35-Stunden-Woche wird eines Tages bestimmt kommen. Ich glaube aber nicht, daß der öffentliche Dienst dabei Schrittmacherdienste leisten kann und sollte. [...] Ich glaube, daß eine Vorverlegung des Rentenalters mehr Arbeitsplätze schaffen würde als eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit“ (SPIEGEL 1981a). Forderungen nach Lohnpausen, die wie unten vorgestellt, vonseiten der Arbeitgeber kamen, setzt er Folgendes entgegen: „Diese Ideologien sind nicht neu“ (ebd.) und erklärt, dass es „[e]ine lohnpolitische Enthaltensamkeit [...] nicht geben“ (ebd.) kann. Weiterhin erklärt er: „Das ist ein alter Interessenstreit, der in Tarifverhandlungen beigelegt werden muss. Dafür haben wir ja schließlich die Tarifautonomie, daß sich Arbeitgeber und Gewerkschaften auf einen vernünftigen Kompromiß einigen.“

Wie bereits angedeutet, artikuliert die Seite der Arbeitgeber Lohnkürzungen als Lösung. So klagt der Präsident des deutschen Industrie- und Handelstages über „enorme Kosten- und Ertragsnachteile infolge expansiver Lohnpolitik“ (SPIEGEL 1981c). Dieser Sprechakt steht exemplarisch für die deutsche

Arbeitgeberschaft, die kommunizieren, dass, „[d]ie deutschen Arbeitnehmer [...] im Weltvergleich zu teuer“ (ebd.) seien. Aussagen wie diese hinterfragen nicht die Struktur der industriellen Beziehungen. Vielmehr möchten sie im Rahmen der bestehenden Institutionen Lohnkürzungen erreichen. So auch Baden-Württembergs Metall-Arbeitgeberchef, der Lohnerhöhungen von „mehr als 0,5 Prozent für absolut tödlich“ (SPIEGEL 1981d) hält. Forderungen nach Lohnkürzungen erhebt die Seite der Arbeitgeber, weil sie im Allgemeinen auf Wachstum als Lösung der Massenarbeitslosigkeit setzt („Ohne Wachstum wird keines unserer Probleme gelöst“ (SPIEGEL 1983d)). Deswegen stehen die Arbeitgeber einer Arbeitszeitverkürzung kritisch gegenüber („Die Gewerkschaften müssen sagen, wie sie sich das vorstellen“ (ebd.)).

Die Journalisten nahmen bei der Artikulation möglicher Lösungswege die Position der Arbeitnehmersvertreter ein. So wird das wirtschaftliche Wachstum Deutschlands in der Vergangenheit von einem Spiegel-Reporter als „Wachstums-Wunderjahre“ (SPIEGEL 1983a) bezeichnet, die „einmalig in der Geschichte“ (ebd.) gewesen seien. Der Journalist sieht in den Sprechakten der Arbeitgeberseite „größtenwahnsinnige Aussagen, in denen eine stetig steigende Warenproduktion in den Rang eines Naturgesetzes erhoben wird“ (ebd.). Laut Spiegel scheint, „soll die Arbeitslosigkeit [...] nicht noch größer werden, [...] die Verkürzung der Schaffenszeit der einzige Ausweg“ (SPIEGEL 1983b) zu sein. Gegen Ende eines anderen Artikels, der ebenfalls Position für Arbeitszeitverkürzungen eingenommen hat, wird rhetorisch gefragt: „Wollen sie weiter um läppische Lohnprozente pokern, wo es doch darauf ankommen sollte, vor allem die Arbeitsbedingungen zu verbessern? Wollen sie weiter um Markbeträge feilschen, wo es doch eher angebracht erscheint, die Arbeitszeiten zu verkürzen [...]?“ (SPIEGEL 1981b).

Blickt man auf die Sprechakte von Politikern ergibt sich ein ähnliches Bild. Dies zeigt ein Satz des damaligen Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung: „Nicht nur für die Gewerkschaften ist die Tarifautonomie ein heiliges Gut – für mich auch“ (SPIEGEL 1982c). So reagierte der damalige Minister auf den Vorwurf der Gewerkschaften, er wolle in die Tarifautonomie eingreifen. Unabhängig davon, ob die zitierte Aussage Blüms wahre Einstellung zur Tarifautonomie wiedergibt, zeigt der Ausdruck ‚heiliges Gut‘ in Bezug auf die Tarifautonomie die Tabuisierung der Diskussion über die industriellen Beziehungen Deutschlands auf. Krisenbewältigungsmöglichkeiten wurden deswegen nur in den Grenzen des bestehenden Systems diskutiert, was ebenfalls ein Zitat Blüms belegt: „Da müssen sich die Tarifpartner eben etwas einfallen lassen“ (ebd.). So trug diese Aussage dazu bei, dass die Tarifpartner im politischen Diskurs zu ‚Problemlösern‘ konstruiert wurden statt zu ‚Problemen‘. Im Gegensatz zum Minister bezieht die FDP klare Position. Sie plädiert für eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit durch Tarifverträge und fordert die Gewerkschaften auf, auf Lohnerhöhungen zu verzichten (SPIEGEL 1981e).

Bei Betrachtung der vollgestellten Sprechakte ist nebensächlich, welche Akteure welche Policy-Maßnahmen artikulierten. Vielmehr soll festgehalten werden, dass sämtliche Akteure am bestehenden

System der industriellen Beziehungen diskursiv festhielten. Alle artikulierten Policy-Maßnahmen konnten im bestehenden System der industriellen Beziehungen beschlossen werden, wodurch das damalige System durch die Sprechakte sämtlicher Akteure diskursiv manifestiert wurde.

4.2.2 Zwischen dem zweiten Halbjahr 1994 und dem ersten Halbjahr 1996

Auch in diesem Diskurs gab es vonseiten der Arbeitgeber Forderungen nach Lohnkürzungen, während die Arbeitgeber Arbeitszeitverkürzungen als Lösungsmöglichkeit artikulierten. Doch die Artikulation derartiger Lösungsmöglichkeiten nahm im hier untersuchten Diskurs einen deutlich geringeren Raum ein als Anfang der 80er. Das fundamental Neue Mitte der 90er Jahre war die Suche von Lösungsmöglichkeiten außerhalb der bestehenden Institutionen der industriellen Beziehungen. Dies soll den Schwerpunkt folgender Analyse bilden. Zunächst werden die Sprechakte der Arbeitnehmer analysiert, anschließend wird auf die Sprechakte der Arbeitgeber, nachfolgend auf die der Journalisten und abschließend auf Äußerungen der Politiker eingegangen.

Zu Beginn der Analyse soll ein Sprechakt des damaligen Vorsitzenden der Industriegewerkschaft Metall herangezogen werden. Dieser lies in einem Interview verlauten: „Wir werden an den Eckpfeilern unserer Grundsicherung, den Tarifen und dem Sozialsystem, nicht rütteln“ (SPIEGEL 1994b). Was auf dem ersten Blick gegen die oben aufgestellte These spricht, ist in Wahrheit ein klares Indiz für diese. Während Anfang der 80er Lösungsmöglichkeiten von allen Akteuren ausschließlich im Rahmen des bestehenden Systems artikuliert wurden, ohne dass dies explizit zum Ausdruck gebracht wurde, verdeutlicht diese Aussage, dass das bestehende System Mitte der 90er selbst zur Debatte stand. Die Interpretation dieser Aussage wird plausibler, betrachtet man den Sprechakt des damaligen Vorsitzenden der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr: „Ich fürchte, daß der nächste Angriff gegen die Mitbestimmung geht. Ganz oben auf dem Plan der Arbeitgeber steht die Ablösung des Flächentarifvertrags, um die Gewerkschaften weiter zu schwächen, und auch beim Kündigungsschutz wird es weitergehen“ (SPIEGEL 1996c). Die Tabuisierung der Diskussion über die industriellen Beziehungen aus den 80er Jahren scheint aufgehoben, was die Sprechakte der Arbeitgeber zeigen.

Die Analyse dieser soll mit der Äußerung eines Unternehmers begonnen werden, der die „eingefahrenen Rituale der Tarifparteien“ (SPIEGEL 1995e) kritisiert. Ein Ritual ist ein sich wiederholendes, gleichbleibendes Vorgehen meist zeremoniellen Charakters (Duden 2020a). Die Verwendung dieses Wortes soll also verdeutlichen, dass für den Unternehmer Tarifverhandlungen ihren funktionalen Zweck verloren haben. Dass der im vorherigen Artikel zitierte Arbeitgeber mit seiner Sicht nicht allein ist, wird bei der Betrachtung des Artikel-Korpus deutlich. So zitiert beispielsweise ein Bericht einen mittelständischen Unternehmer wie folgt: „Die Tarifpartner in Deutschland haben sich völlig von der Realität entfernt“ (SPIEGEL 1995f). Weiterhin meint der Unternehmer, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände „mißbrauchen ihr Monopol“ (ebd.). Ein anderes Interview zitiert einen Unternehmer wie folgt: „Diesen Abschluß hätte ich mit meinen Mitarbeitern sicherlich schon vor sechs

Wochen innerhalb weniger Tage erreicht“ (SPIEGEL 1995g). An dieser Aussage wird erkenntlich, wie richtig die VoC-Annahme des Effizienz-Strebens von Firmen ist. Was der VoC-Ansatz allerdings nicht vorsieht, ist die Möglichkeit von schwankender Zufriedenheit der Unternehmer mit den sie umgebenden Institutionen. In diesem Beispiel nimmt der Unternehmer an, dass es effizienter gewesen wäre, die Löhne mit seinen Mitarbeitern selbst auszuhandeln und stellt so das deutsche System der industriellen Beziehungen in Frage. Dass Arbeitgeber mit Tarifabschlüssen unzufrieden sind, ist nicht neu. Die fundamentale Neuheit an der Unzufriedenheit, kommt anhand des folgenden Paragrafen zum Vorschein: „Der Arbeitgeberverband glaubte, mit einer gewissen Härte könne er mehr erreichen. Die Funktionäre hatten den Blick für die tatsächliche Situation in den Betrieben verloren“ (SPIEGEL 1995g). Nicht mehr die Seite der Gewerkschaften wird für einen unangemessenen Tarifabschluss verantwortlich gemacht, sondern die Seite der Arbeitgeberverbände, deren Aufgabe es eigentlich wäre, die Interessen der Arbeitgeber adäquat zu vertreten. Sprachlich distanziert sich der Unternehmer von der Verhandlungsweise des Arbeitgeberverbandes weiterhin, indem er das Wort ‚Funktionäre‘, bei dem eine gewisse Weltfremdheit mitschwingt, für die Verhandlungsführer auf Seiten der Arbeitgeber gebraucht. Einen solchen Bruch zwischen Arbeitgebern und Arbeitgeberverband sehen weder der VoC-Ansatz noch Schmidt vor, die keinen Unterschied zwischen Arbeitgebern und Arbeitgeberbänden machen. Darauf aufbauend plädiert der Unternehmer im weiteren Verlauf des Gesprächs für eine „höhere Flexibilisierung“ (ebd.), befürwortet eine höhere Verantwortbarkeit der Betriebsräte und begründet dies damit, dass [j]eder Betrieb [...] seine speziellen Probleme“ (ebd.) habe. Gegen Ende des Interviews sagt er beinahe wortgleich zum Unternehmer aus einem oben zitierten Artikel: „Wir müssen endlich die alten Rituale abstreifen“ (ebd.). Mit der Verwendung des Ausdrucks ‚alte Rituale‘ will der Unternehmer wohl nahelegen, dass das Tarifsystem nicht mehr den Erfordernissen der Zeit entspricht, weswegen er dieses für die für die 90er Jahre als nicht mehr angemessen empfindet. Das Wort Ritual in Verbindung mit den industriellen Beziehungen wird immer wieder aufgegriffen. So auch vom Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau, der vom „Ritual aus der Steinzeit“ (SPIEGEL 1995f) spricht oder auch vom Spiegel, der den Präsidenten des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall mit folgenden Worten konfrontiert: „Die Öffentlichkeit empfindet das jährliche Ritual, große Sprüche, Nachtsitzungen und dann vorhersehbare Ergebnisse, als altmodisch“ (SPIEGEL 1995h). Der BDI-Präsident, der die Verbändestruktur nicht so offen kritisieren kann wie die Arbeitgeber, fordert daraufhin „einschneidende Änderungen der Tarifpolitik“ (1995i). Weiterhin meint er: „Wir reden schon zu lange von Reformen – und es passiert viel zuwenig“ (SPIEGEL 1995a). In einem späteren Artikel wird eine noch kritischere Äußerung des BDI-Präsidenten zitiert, die sagt, dass das deutsche System der Konsensfindung zwischen den gesellschaftlichen Gruppen versagt habe (SPIEGEL 1996d). Die Sprechakte des Vize-Präsidenten des BDI klingen ähnlich. Dieser spricht von den „problematischsten Abschlüsse der bundesdeutschen Tarifgeschichte“ (SPIEGEL 1996a), plädiert für einen „marktwirtschaftlichen Wettbewerb von Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen“ (ebd.) und stellt so faktisch die Tarifautonomie infrage.

Die Journalisten des Spiegels schließen sich der Diskursstruktur an. Auch sie konstruieren mögliche Lösungen ausschließlich außerhalb des bestehenden Systems. Ein Journalist postuliert beispielsweise, dass „[e]in Umbau der überholten Verbandsstrukturen [...] dringend nötig“ (SPIEGEL 1995i) sei. In einem anderen Artikel werden „strukturelle Reformen“ (SPIEGEL 1995j) gefordert und in einem weiteren folgendes postuliert: „Zur überfälligen Reform sind die Verbandsfürsten nicht fähig“ (SPIEGEL 1996a). In einem anderen Artikel heißt es: „Im Moment grenzt dieses System [...] viele aus“ (1994b). Indem er von ‚diesem System‘ spricht, grenzt sich der Journalist sprachlich vom bestehenden System ab und stellt zugleich das System als Ganzes infrage. Weiterhin gibt er mit der Aussage „Neues wird nicht gewagt“ (ebd.) zu erkennen, dass ihm die vom Gewerkschaftsführer artikulierten Arbeitszeitverkürzungen als Lösungsvorschläge nicht überzeugen¹². Ein weiterer Artikel, in dem ein anderer Unternehmer interviewt wird, beginnt mit folgender Frage: „[M]ehrere Wochen wurde verhandelt, eine Woche gestreikt. Herausgekommen ist eine Lohnerhöhung von insgesamt knapp vier Prozent. War dieses Ergebnis nicht leichter zu haben?“ (SPIEGEL 1995g). Die Tarifparteien und somit das ganze System der industriellen Beziehungen wurden von den Journalisten im Allgemeinen als Problem konstruiert. Dies verdeutlicht auch der erste Satz einer Spiegel-Reportage über die wirtschaftliche Situation Deutschlands: „Mitten noch im Aufschwung liefern sich die Tarifparteien eine Auseinandersetzung, die an den eigentlichen Problemen vorbeiführt“ (SPIEGEL 1995c). Der Autor bezeichnet die Tarifparteien zwar nicht explizit als Problem in der wirtschaftlichen Situation Deutschlands, es wird aber klar, dass er die Tarifparteien auch nicht als Teil der Lösung sieht. Bereits der erste Satz spricht also den Tarifparteien implizit ihre Wichtigkeit im deutschen Wirtschaftssystem ab. In eine ähnliche Richtung zielt folgender Sprechakt eines Journalisten: „Der Rohstoff Kreativität – und nicht eine Tarifrunde – entscheidet über die Zukunft der deutschen Industrie“ (SPIEGEL 1995c). Hier werden Lösungsmöglichkeiten für die Krise explizit außerhalb der industriellen Beziehungen gesucht, deren Bedeutung als klein betrachtet wird oder negativ, wie im folgenden Artikel. Dessen Überschrift lautet: „Wer stoppt die Autonomen?“ (SPIEGEL 1994c). Gewöhnlich werden unter Autonome Mitglieder linksradikaler oder anarchistischer Bewegungen verstanden, die mittels dieser Überschrift in Verbindung mit den Tarifpartnern gebracht werden, die über Tarifautonomie verfügen. Dies ist in einer politisch unabhängigen Zeitung wie dem Spiegel klar negativ gemeint. Im Laufe des dazugehörigen Artikels wird das System der industriellen Beziehungen vom Journalisten als „organisierte Verantwortungslosigkeit“ (ebd.) bezeichnet. Weiterhin konstatiert der Journalist, dass „[f]ür die Arbeitslosen [...] diese Tarifautonomie längst zum Fluch geworden“ (ebd.) sei und „[w]enn niemand die Autonomen stoppt, [...] ihr Leiden nicht gelindert“ (ebd.) werde. So stellt der Artikel das bestehende System infrage und konstruiert die Tarifautonomie als Problem. Dies verdeutlichen die gegen Ende des Artikels gestellten rhetorischen Fragen: „Warum sollte die Runde der Tarifpartner nicht um einen dritten Partner, den demokratisch gewählten Vertreter der Arbeitslosen, ergänzt werden? [...]

¹² Die Sprechakte des Journalisten fielen in einem Interview mit einem Gewerkschaftsführer, der Arbeitszeitverkürzungen als Krisenlösung artikuliert.

Womöglich müßten Tarifverträge, wenn sich Gemeinwohl nicht anders organisieren läßt, eine Zeitlang unter den Vorbehalt des Parlaments gestellt werden?“ (ebd.). Die Überschrift eines weiteren Berichts über die Tarifparteien heißt „Nörgelnde Ideologen“ (SPIEGEL 1995e). Laut Duden ist ein Ideologe entweder in seiner neutralen Bedeutung ein „Vertreter einer politischen Ideologie“ oder negativer gefasst ein „weltfremder Theoretiker“ (Duden 2020b). Dass der Autor dieses Artikels auf die zweite Bedeutung dieses Wortes abzielt, wird im nachfolgenden Artikel schnell klar. Obendrein zeigt die Bezeichnung der Tarifpartner als ‚Ideologen‘, das von Ideologie abstammt und so viel wie eine politische Theorie bedeutet, auf, wie umstritten das System der industriellen Beziehungen mittlerweile ist. Die deutschen industriellen Beziehungen werden nunmehr nicht schlicht als Teil des deutschen Wirtschaftssystems gesehen, sondern explizit als politische Entscheidung.

Auch die Sprechakte der Politiker lesen sich ähnlich. So plädiert der sächsische Ministerpräsident von der Christlich Demokratischen Union für „strukturelle Veränderungen“ (SPIEGEL_1996_18_8916257), der niedersächsische Ministerpräsident von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands fordert eine „radikale Umstellung“ (SPIEGEL 1995i) und ein FDP-Politiker lässt verlauten: „Wir müssen deregulieren. Und wir müssen – das ist Sache der Tarifvertragsparteien – die Arbeitsverhältnisse flexibler gestalten“ (SPIEGEL 1996a).

Der analysierte Diskurs ist so stark von Akteuren der Arbeitgeberseite dominiert wie keine der analysierten Diskursstränge zuvor. Vertreter der Medien und Politiker konstruieren die industriellen Beziehungen ähnlich wie die Sprechakte der Arbeitgeber. Vertreter der Arbeitnehmer sowie Sprechakte von Politikern sind im analysierten Diskurs selten zu finden.

4.3 Fazit

Generell lässt sich sagen, dass die Wirtschaftssituation Anfang der 80er Jahre zu einer deutlich kleineren Anzahl an publizierten Artikel führte als die wirtschaftliche Lage Mitte der 90er. Dies kann als Indiz für ein geringeres Krisenwahrnehmung Anfang der 80er als Mitter der 90er gesehen werden. Im ersten Schritt der Diskursanalyse, der Rekonstruktion des Krisendiskurses, wurde deutlich, dass der Vergleich mit anderen Ländern in beiden Diskurssträngen von Bedeutung war. So erfolgte sowohl die Konstruktion der 80er-Jahre-Krise als externer Schock als auch die Identifikation der Krise der 90er als systemisch durch den Verweis auf andere Länder. Die wirtschaftliche Situation der 80er wurde dabei als explizit nicht-deutsches Phänomen diskursiv konstruiert. Indem von ‚den‘ Industrieländern gesprochen wird, wird impliziert, dass die gegenwärtige Krise in Deutschland ein Schicksal ist, dass sämtlichen entwickelten Ländern widerfahren ist. Die Konstruktion der ökonomischen Situation als externer Schock geht einher mit der Generierung der Krise als unveränderbares Faktum, was beispielsweise an der oftmaligen Benutzung des Passivs oder Vergangenheitskonstruktionen kenntlich wird. Konträr dazu, wird die Krise der 90er Jahre im Vergleich zu den wirtschaftlichen Situationen anderer Länder als exzeptionell negativ konstruiert, wodurch diese Wirtschaftskrise im Diskurs als explizit deutsches Problem konstruiert wurde. So kann konstatiert werden, dass die Weltwirtschaft in

beiden untersuchten Krisen-Diskursen im Fokus stand. Doch während der Diskurs der 80er Jahre den Welthandel zur Ursache der schlechten wirtschaftlichen Lage Deutschlands konstruierte, war der Welthandel im Diskurs der 90er Jahre die Rechtfertigung dafür, warum sich die deutsche Wirtschaft anpassen müsse. Die gemachten Beobachtungen bestätigen die im Theorieteil aufgestellte Annahme, dass wirtschaftliche Situationen in Abgrenzung zum ‚Anderen‘ konstruiert werden.

Das nächste Unterkapitel, das die diskursive Konstruktion der industriellen Beziehungen untersuchte, machte deutlich, wie eng die Bedeutungszuschreibungen von Institutionen und die damit einhergehende Artikulation von Policy-Maßnahmen mit der spezifischen Konstruktion der Krise zusammenhängt. Weil die wirtschaftliche Lage Deutschlands Anfang der 80er in erster Linie als ‚Problem der Industrienationen‘ konstruiert und somit nicht das eigene System als Problem konstruiert wurde, zeigte sich infolgedessen, dass die bestehenden Institutionen der industriellen Beziehungen keine fundamentalen Bedeutungsneuschreibungen erfuhren; Policy-Maßnahmen wurden ausschließlich im Rahmen der bestehenden Institutionen artikuliert. Als Folge dieses Diskurses kommt es schlussendlich zu einem Gesetz zur Arbeitszeitverkürzung (Bundesgesetzblatt 2020).

Auf der anderen Seite erscheint die Konstruktion der wirtschaftlichen Lage im Jahr 1995 als systemische Krise als wichtige Voraussetzung für die dann einsetzende Liberalisierung der deutschen Wirtschaft. Diese legte die Grundlage dafür, in den eigenen Institutionen nach Fehlern zu suchen, was eine diskursive Neukonstruktion der industriellen Beziehungen zur Folge hatte. Während der damalige Arbeitsminister 1982 das Tarifsysteem noch als ‚heiliges Gut‘ umschrieb, sind die Tarifpartner im Jahr 1995 ‚nörgelnde Ideologen‘, die die Probleme der Welt nicht richtig erfassen. So wird es diskursiv möglich, die Tarifpartner und somit die bestehenden Institutionen der industriellen Beziehungen als Problem zu konstruieren. Innerhalb des damaligen Diskurses erscheint so ein Aufweichen der Institutionen als Lösung sinnig. Vorliegende Arbeit argumentiert, dass dies die Ursache dafür ist, dass sich die industriellen Beziehungen Deutschlands seit 1995 graduell liberalisieren.

Blickt man etwas allgemeiner auf die durchgeführte Diskursanalyse, so fällt vor allem die Monothematik der beiden analysierten Diskurse auf. Während zwischen 1981 und 1983 beinahe ausschließlich die richtigen Formen der Arbeitszeitverkürzung sowie Lohnkürzungen diskutiert wurden, wurde Mitte der 90er von allen Akteuren mit Ausnahme der Arbeitnehmervertreter die Liberalisierung des deutschen Systems als einzige Lösungsmöglichkeit diskursiv konstruiert. In Anbetracht dessen, wie ähnlich beide Krisen bezüglich der Datenlage konzipiert waren, macht dies eindrücklich, wie wichtig die Betrachtung der spezifischen diskursiven Konstruktion einer Krise ist, aber auch wie wirkmächtig Diskursstrukturen im Allgemeinen sind.

Bezüglich der Sprechakt-Verteilung unter den als wichtig identifizierten Akteuren ist zu sagen, dass der diskursive Bedeutungsverlust der Arbeitnehmervertreter auffällt. Kamen diese im analysierten Diskurs Anfang der 80er noch vor und waren vor allem im Teildiskurs über die industriellen Beziehungen vergleichsweise stark vertreten, so scheinen sie im Diskurs Mitte der 90er nur eine marginale Rolle zu

spielen. Parallel dazu konnten im 90er-Jahre-Diskurs deutlich mehr Sprechakte der Arbeitgeberseite beobachtet werden als noch zwischen 1981 und 1983. Vor allem im diskursiven Konstruktionsprozess der industriellen Beziehungen spielten die Sprechakte Arbeitgeber eine überproportional große Rolle.

Insgesamt bestätigen die gemachten Beobachtungen, die im Theorieteil aufgestellte Hypothese. Beide Krisen wurden im Vergleich zu den wirtschaftlichen Situationen anderer Länder diskursiv konstruiert. Indem die deutsche Krise als negativer als die wirtschaftlichen Situationen anderer Länder wahrgenommen wurde, wurden infolgedessen fundamentalere Veränderungen artikuliert. Dagegen wurde in Folge der deutschen 80er-Jahre Krise, die als ebenso negativ wie die wirtschaftlichen Situationen anderer Länder diskursiv konstruiert wurde, Policy-Maßnahmen ausschließlich innerhalb der bestehenden Institutionen artikuliert, weswegen geschlossen werden kann, dass es in Folge der 80er-Jahre Krise zu keinen diskursiven Bedeutungszuschreibungen der bestehenden Institutionen kam.

5 Probleme von Fallvergleichen und alternative Erklärungsansätze

Der Vorteil von einem longitudinalen Fallvergleich wie diesen hier, liegt auf der Hand: Indem zwei ähnliche Fälle verglichen werden, die unterschiedliche Outcomes erzeugten, sind nicht so viele Variablen konstant zu halten wie bei einem Vergleich ähnlich angelegter Fälle in unterschiedlichen Ländern mit unterschiedlichen Outcomes. Doch natürlich bringt auch dieser Fallvergleich Probleme mit sich. Denn auch wenn beide Krisen zeitlich nah beieinander liegen, spielte sich die Krise der 90er Jahre in einem anderen Kontext ab als die der 80er Jahre. Das ist der Ansatzpunkt alternativer Erklärungsansätze, die meine Argumentation in Frage stellen.

Ein populärer Ansatz, der die konstruktivistische Perspektive dieser Arbeit teilt, mutmaßt, dass das Ende des Kommunismus ein Grund für die Liberalisierung des deutschen Systems beginnend in den 90er Jahren sein könnte (Schroeder 2002: 75). Dieser Ansatz teilt die Tendenz und meiner Meinung nach Schwäche vieler konstruktivistischer Ansätze: Er stellt eine Mutmaßung auf, die auf einer Korrelation beruht, empirisch aber schwerlich nachweisbar ist. Könnte der Wegfall des Kommunismus wirklich erklären, warum es im Zuge der 90er-Jahre-Krise zu einer Liberalisierung des deutschen Systems industrieller Beziehungen gekommen ist, sollte hierfür Evidenz im Diskurs zu finden sein. Bei der durchgeführten Diskursanalyse ist eine solche aber nicht aufgefallen. Überdies konnte man in anderen Ländern bereits in den 80er Jahren eine beginnende Liberalisierung ihrer wirtschaftlichen Institutionen ausmachen (Schmidt 2002: 63), also mehrere Jahre vor dem Zerfall des Kommunismus. In Anbetracht der aufgeführten Indizien erscheint die Kommunismus-These als nicht haltbar.

Abschließend soll nochmals auf die populärste These mit Hinblick auf die „Varieties of Capitalism“ eingegangen werden. Diese beruht auf der Sichtweise der fundamentalen VoC-Gegner, die im Kapitel „Forschungsstand“ bereits angesprochen wurde. Diese halten die Annahmen des VoC-Ansatzes für falsch und postulieren eine Liberalisierung der koordinierten Marktwirtschaften aufgrund der fortschreitenden Globalisierung (bspw. Streeck 2009). Darauf aufbauend könnte vermutet werden, dass

der Liberalisierungsprozess 1995 in Deutschland aufgrund des Globalisierungsdrucks eingesetzt hat. Um die Bedeutung der Globalisierung für die deutsche Wirtschaft erahnen zu können, bietet sich ein Blick auf folgende Graphik an, die die Exportentwicklung in Deutschland darstellt.

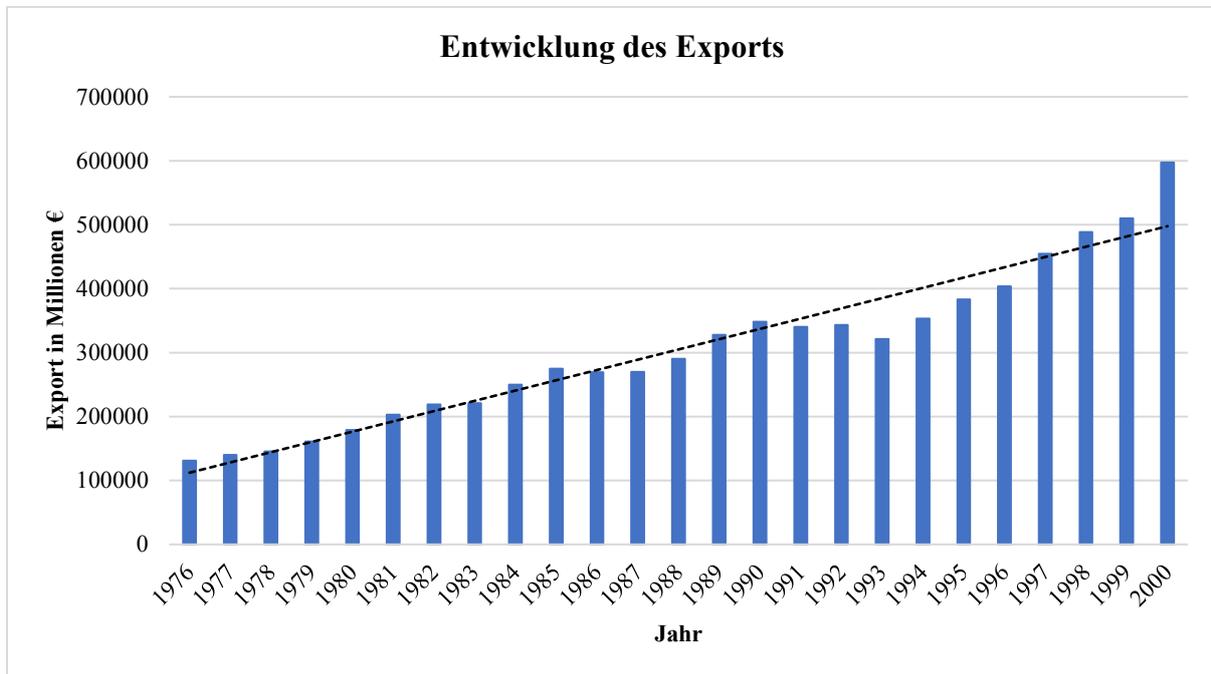


Abbildung 5: Entwicklung des Exports (Statistisches Bundesamt 2020c: 2)

Die Graphik bildet die Exportentwicklung zwischen 1979 und 2000 ab und zeigt einen Anstieg der deutschen Exporte. Dies ist ein Indiz dafür, dass die Globalisierungs-These empirisch haltvoll ist. Doch wie die eingefügte Trendlinie zeigt, kann die Entwicklung der deutschen Exporte im betrachteten Zeitraum als annähernd lineares angesehen werden. Eine überproportionale Zunahme des Globalisierungsdruckes Mitte der 90er lässt sich anhand dieser Graphik nicht erkennen. Vorliegende Arbeit möchte mit gezeigter Graphik nicht abschließend bewerten, wie sehr der Globalisierungsdruck auf die deutsche Wirtschaft tatsächlich zugenommen hat. Sie möchte auch nicht bestreiten, dass die allgemeine Globalisierungs-Tendenz nicht ein Faktor ist, warum man in so vielen koordinierten Marktwirtschaften Liberalisierungstendenzen beobachten kann. Vorliegende Arbeit wollte mit dieser Graphik lediglich dafür sensibilisieren, dass sich die deutsche Wirtschaft nicht erst seit Mitte der 90er in einem Globalisierungsprozess befindet. Auch Anfang der 80er stand die deutsche Ökonomie bereits unter dem Druck der Globalisierung. Deswegen bestreitet diese Arbeit, dass es einen wie von Streeck postulierten Automatismus à la Globalisierung = Liberalisierung gibt und wollte verständlich machen, dass ein externer Faktor wie die Globalisierung nicht unweigerlich zu einer Liberalisierung einer Ökonomie führen muss. Vielmehr dafür relevant ist, in welcher Weise die eigenen ökonomischen Institutionen im nationalen Diskurs konstruiert werden.

6 Schluss

Der Varieties of Capitalism-Ansatz postuliert, dass sowohl liberale als auch koordinierte Marktökonomien ihren ansässigen Unternehmen komparative Vorteile bieten. Und weil die Unternehmen um die Vorteile des Wirtschaftssystems, in dem sie ansässig sind, wissen, unterstützen sie die Institutionen ihres Wirtschaftssystems. Diese Annahme gehört nicht nur zu den Grundbausteinen des VoC-Ansatzes, sondern, wie diese Arbeit zeigte, auch zu seinen Hauptfehlern. Im Wesentlichen beruht diese Annahme auf einer weiteren, viel grundlegenderen Annahme: der Annahme der Nichtinterpretierbarkeit von Wirklichkeit. Doch ‚die‘ Wirklichkeit darf nicht als simple unabhängige Variable verstanden werden; vielmehr ist sie das Produkt diskursiver Prozesse. Um dies zu zeigen, bezog sich vorgelegte Arbeit auf zwei in Deutschland stattgefundenene ähnliche Krisen, die unterschiedliche Folgen nach sich zogen.

Während in Folge der Krise Anfang der 80er Jahre keine fundamentalen institutionellen Veränderungen beobachtet werden konnten, ist in Folge der Wirtschaftskrise Mitte der 90er ein klarer Liberalisierungstrend zu erkennen. Unterschiedliche Entwicklungen bei gleichzeitig ähnlicher Datenlage kann der funktionalistische Determinismus des VoC-Ansatzes nicht erklären, weswegen ich in dieser Arbeit eine konstruktivistische Perspektive einnahm und Institutionen als abhängige Variablen betrachtete. Dabei bezog ich mich verstärkt auf die Theorie des diskursiven Institutionalismus. Diese postuliert, dass Krisen zu diskursiven Neukonstruktionen und in der Folge zu institutionellen Veränderungen führen können. Unter welchen Bedingungen Krisen zu Veränderungen führen, kann der diskursive Institutionalismus allerdings nicht hinreichend beantworten. Dieser Frage stellte sich diese Arbeit und verweist als plausiblen Erklärungsansatz für die fundamentalen institutionellen Veränderungen, die seit 1995 in Deutschland verstärkt aufgetreten sind, auf die diskursive Konstruktion der Wirtschaftskrise der 90er Jahre als systemisch. Dadurch legt sie nahe, dass die spezifische Konstruktion einer Wirtschaftskrise über die spezifische Konstruktion der bestehenden Institutionen und folglich über die institutionellen Entwicklungen einer Volkswirtschaft entscheidet.

So stellt vorgelegte Arbeit einen Beitrag zur VoC-Theorie dar und führte zugleich den Diskursiven Institutionalismus nach Schmidt weiter. Die Arbeit zeigte klar, wie richtig die VoC-Theorie mit ihrem Firmen-Fokus liegt. Denn die Firmen waren es, die den Diskurs über die industriellen Beziehungen im Jahr 1995 bestimmten und das bestehende System dabei als Problem konstruierten. Was die Analyse dabei auch hervorbrachte, ist, dass Unternehmen nicht unter allen Umständen die Institutionen ihres Landes unterstützen müssen, wie vom VoC-Ansatz postuliert. Vielmehr legt die Arbeit nahe, dass Unternehmen nur solange die Institutionen ihres Landes unterstützen, solange die wirtschaftliche Situation ihres Landes im Diskurs als nicht wesentlich schlechter als die im Ausland wahrgenommen wird. Deswegen kann eine pauschale Unterstützung der Institutionen durch die ansässigen Unternehmen, wie vom VoC-Ansatz postuliert, angezweifelt werden.

Einen Beitrag zum diskursiven Institutionalismus stellt die Arbeit dar, indem sie eine Antwort darauf gab, unter welchen Umständen Krisen institutionelle Veränderungen nach sich ziehen. Dabei wurde gezeigt, dass der Begriff ‚Krise‘ nicht als Konstante betrachtet werden darf, sondern auch dieser Term diskursiven Konstruktionsprozessen unterliegt und dessen Konstruktion die Wahrnehmung der bestehenden Institutionen bedingt.

Natürlich lässt auch diese Arbeit Fragen offen. Die wichtigste davon wäre wohl: Welche unabhängigen Variablen bedingen, dass die hier analysierten Diskurse so unterschiedlich waren? Dies kann mit vorgelegter Arbeit nicht beantwortet werden, und sollte Untersuchungsgegenstand weitergehender Forschung sein. Überdies ist klar, dass die Ergebnisse der Arbeit nicht unumstößlich sind. Zukünftige Arbeiten sollten diese überprüfen. Hierbei erscheint es sinnig, den Diskurs auch in anderen deutschen Medien zu analysieren, um zu überprüfen, ob die Spiegel-Artikel den damaligen Diskurs tatsächlich adäquat abbilden. Weiterhin stellt sich die Durchführung weiterer vergleichenden Diskursanalysen mit anderen Ländern als Potential für weitere Forschungsarbeiten dar. Diese könnten die Ergebnisse dieser Arbeit unter Umständen präzisieren und aufzeigen, wie weitgehend sich die Ergebnisse generalisieren lassen. Die Implikationen wären je nachdem, wie weit eine solche Generalisierung möglich wäre, weitreichend. Je mehr Diskursanalysen in je mehr Ländern zeigen könnten, dass auch dort die systemische Konstruktion einer Krise fundamentalen institutionellen Veränderungen vorausgegangen ist, desto wahrscheinlicher könnte davon ausgegangen werden, dass negative Wirtschaftslagen nur dann zu institutionellen Veränderungen führen, wenn diese als systemische Krisen diskursiv konstruiert werden. Mit Hinblick auf die derzeitige Corona-Krise erwiese sich dies als besonders interessant. So könnte angenommen werden, dass die Wirtschaftskrise in Deutschland, die im Zuge der Pandemie auftrat, zu keinen fundamentalen institutionellen Veränderungen führen sollte, da sie im Allgemeinen als externer Schock aufgefasst wird (SPIEGEL 2020b). Interessant wäre darüber hinaus zu erfahren, ob man die Ergebnisse dieser Arbeit auch auf Bereiche außerhalb der polit-ökonomischen Sphäre übertragen könnte. Wären die Ergebnisse dieser Arbeit so weittragend, wäre ein abermaliger Blick auf die Corona-Krise interessant. Denn diese äußert sich nicht nur im Bereich der Wirtschaft, sondern allen voran auch im deutschen Gesundheitssektor. Hier kann angenommen werden, dass diese vermehrt als systemisch konstruiert wird (SPIEGEL 2020c), weswegen man in Folge der aktuellen Gesundheitskrise weitreichende Veränderungen im deutschen Gesundheitswesen erwarten kann.

Literaturverzeichnis

- Baumann, Helge/ Maschke, Manuela (2016): Betriebsvereinbarungen 2015 – Verbreitung und Themen. In: *WSI-Mitteilungen* 69(3): 223-232.
- Behrens, Martin (2011): *Das Paradox der Arbeitgeberverbände. Von der Schwierigkeit, durchsetzungsstarke Unternehmensinteressen kollektiv zu vertreten*. Berlin: Edition Sigma.
- Berger, Peter/ Luckmann, Thomas (1967). *The Social Construction of Reality: A Treatise in the Sociology of Knowledge*. Doubleday: Garden City.
- Blanchard, Olivier (2017): *Makroökonomie* (7. Aufl.). Hallbergmoos: Pearson.
- Bossler, Mario (2019): The rise in orientation at collective bargaining without a formal contract. In: *Industrial relations* 58(1): 17-45.
- Brand, Alexander (2012): *Medien - Diskurs - Weltpolitik: Wie Massenmedien die internationale Politik beeinflussen*. Transcript: Bielefeld.
- Brändle, Tobias/ Heinebach, Wolf D./ Maier, Michael F. (2011): Tarifliche Öffnung in Deutschland: Ausmaß, Determinanten, Auswirkungen. In: *Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung* 44(1): 163-172.
- Bundesgesetzblatt (2020): *Beschäftigungsförderungsgesetz 1985*. Verfügbar unter: https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav#__bgbl__%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl185s0710.pdf%27%5D__1612011246815, zuletzt aufgerufen am 31.1.2021.
- Busse, Dietrich/ Teubert, Wolfgang (1994): Ist Diskurs ein sprachwissenschaftliches Objekt? Zur Methodenfrage der historischen Semantik. In: Busse, Dietrich/ Hermanns, Fritz/ Teubert, Wolfgang (Hrsg.): *Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte. Methodenfragen und Forschungsergebnisse der historischen Semantik*. Opladen: Westdeutscher Verlag: 10-28.
- Campbell, David (1998): *Writing security: United States foreign policy and the politics of identity*. Minneapolis, MN: University of Minnesota Press.
- Crouch, Colin (2012): National Varieties of Labour Market Exposure. In: Morgan, Glenn/ Whitley, Richard (Hrsg.): *Capitalisms & Capitalism in the Twenty-First Century*. New York City: Oxford University Press: 90-115.
- Duden (2020a): *Ritual*. Verfügbar unter: <https://www.duden.de/rechtschreibung/Ritual>, zuletzt aufgerufen am 11.12.2020.
- Duden (2020b): *Ideologe*. Verfügbar unter: <https://www.duden.de/rechtschreibung/Ideologe>, zuletzt aufgerufen am 11.12.2020.

- Ellguth, Peter/ Kohaut, Susanne (2009): *Tarifbindung und betriebliche Interessensvertretung in Ost und West. Schwund unterm sicheren Dach*. Verfügbar unter: http://doku.iab.de/forum/2009/Forum2-2009_Ellguth_Kohaut.pdf, zuletzt aufgerufen am 28.12.2020.
- Hall, Peter A./ Soskice, Peter (2001): *Varieties of Capitalism. The institutional foundations of comparative advantage*. Oxford u.a.: Oxford University Press.
- Howell, Chris (2003): Varieties of capitalism: And then there was one?. In: *Comparative Politics* 36(1): 103-24.
- Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2020): *Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel 2019. Tarifbindung und betriebliche Interessensvertretung*. Verfügbar unter: http://doku.iab.de/arbeitsmarktdaten/Daten_zur_Tarifbindung.xlsx, zuletzt aufgerufen am 3.2.2021.
- Jackson, Gregory/ Deeg, Richard (2012): The Long-Term Trajectories of Institutional Change in European Capitalism. In: *Journal of European Public Policy* 19(8): 1109-1125.
- Jäger, Siegfried (2009): *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung* (5. Aufl.). Münster: Unrast-Verlag.
- Lijphart, Arend (1971): Comparative Politics and the Comparative Method. In: *The American Political Science Review* 65(3): 682-693.
- Matthijs, Matthias (2016): Powerful rules governing the euro: the perverse logic of German ideas. In: *Journal of European Public Policy* 23(3): 375-391.
- Müller-Jentsch, Walther (2017): *Strukturwandel der industriellen Beziehungen. ‚Industrial Citizenship‘ zwischen Markt und Regulierung* (2. Aufl.). Wiesbaden: Springer VS.
- Nonhoff, Martin (2006): *Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt ‚Soziale Marktwirtschaft‘*. Bielefeld: Transcript Verlag.
- Schmidt, A. Vivien (2002): *The Futures of European Capitalism*. New York: Oxford University Press.
- Schroeder, Wolfgang (2002): Arbeitgeberverbände: Kontinuität und Wandel. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 15(2): 68-77.
- Silvia, Stephen J./ Schroeder, Wolfgang (2007): Why are German Employers' Association declining? Arguments and Evidence. In: *Comparative Political Studies* 40(12): 1433-1459.

- Spiegel (2020a): *Der Spiegel*. Verfügbar unter: <https://www.spiegelgruppe.de/journalismus/medien/der-spiegel>, zuletzt aufgerufen am 1.12.2020.
- Spiegel (2020b): *Einbruch in der Corona-Krise. Warum Europa neidisch auf die deutsche Wirtschaft schaut*. Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/warum-die-wirtschaft-in-deutschland-besser-durch-corona-kommt-als-anderswo-in-europa-a-71ad3142-13eb-4457-92d1-a55aa6e9e182>, zuletzt aufgerufen am 17.1.2021.
- Spiegel (2020c): *Weltweiter Vergleich. Welche Länder am besten auf die Coronakrise vorbereitet waren*. Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/corona-krise-in-grafiken-so-sind-gesundheitssysteme-weltweit-auf-pandemien-vorbereitet-a-906a0530-3f59-4bef-bbfc-d863d0a7efb1>, zuletzt aufgerufen am 17.1.2021.
- Statistisches Bundesamt (2020a): *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Inlandsproduktberechnung. Lange Reihe ab 1970*. Verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Publikationen/Downloads-Inlandsprodukt/inlandsprodukt-lange-reihen-pdf-2180150.pdf?__blob=publicationFile, zuletzt aufgerufen am 2.12.2020.
- Statistisches Bundesamt (2020b): *Konjunkturindikatoren. Registrierte Arbeitslose und Arbeitslosenquote nach Gebietsstand*. Verfügbar unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Konjunkturindikatoren/Lange-Reihen/Arbeitsmarkt/Irarb003ga.html>, zuletzt aufgerufen am 2.12.2020.
- Statistisches Bundesamt (2020c): *Außenhandel. Gesamtentwicklung des deutschen Außenhandels ab 1950*. Verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/Tabellen/gesamtentwicklung-aussenhandel.pdf?__blob=publicationFile, zuletzt aufgerufen am 2.2.2021.
- Streeck, Wolfgang (2009): *Re-forming Capitalism: Institutional Change in the German Political Economy*. Oxford: Oxford University Press.
- Thelen, Kathleen (2009): Institutional Change in Advanced Political Economies. In: *British Journal of Industrial Relations* 47(3): 471–498.
- Van Dijk, Teun A. (1997): What is Political Discourse Analysis?. In: *Belgian Journal of Linguistics* 11(1): 11-52.
- Visser, Jelle (2019a): *ICTWSS Database. Version 6.1. UnadjCov*. Amsterdam: Amsterdam Institute for Advanced Labour Studies (AIAS), University of Amsterdam. Verfügbar unter: <http://www.ictwss.org/?query=eJwVz7EKwjAURuF3yZzhJm3aG1cHn8BJOkTNoGgKwRaC%2BO7mLN9w4cB%2Fv%2Ba2buVTmzlcZcNXdYrNLNa0nGo%2FeXGz7UwQYIQBPDiQ>

jkRQoBAKoRAKoRAKoRCxLsYICjNMEGCEATw4oFAKpVAKpdDQ1%2B6pPtL11XniX
NL9eVx3s%2Fz%2BcH8zkA%3D%3D, zuletzt aufgerufen am 3.2.2021.

Visser, Jelle (2019b): *ICTWSS Database. Version 6.1. SEB*. Amsterdam: Amsterdam Institute for Advanced Labour Studies (AIAS), University of Amsterdam. Verfügbar unter: <http://www.ictwss.org/?query=eJwVz7EKwjAQh%2FF3uTnDJW3ai6MgPoBj6RAlg6AVghaC%2BO7mW37DwQf%2F%2B8rt9dnetclhkXOpz7w1WZ20kms%2FBfWz60wQYYQBAnjQjiYwoFAKpVAKpVAKpVB1PqUEBjNMEGGEAQJ4oDAKozAKo7DY1%2B653vP1UXjicjrK%2BvsDcGoxUA%3D%3D>, zuletzt aufgerufen am 2.2.2021.

Visser, Jelle (2019c): *ICTWSS Database. Version 6.1. UnionCov*. Amsterdam: Amsterdam Institute for Advanced Labour Studies (AIAS), University of Amsterdam. Verfügbar unter: <http://www.ictwss.org/?query=eJwVzzEKAjEQRuG7pE4xyW52J7YWnsBKtoiSYkETCLoQxLub13zFwIN%2FvuZRP%2BXdujndzCW3VyrdbNb0nNo4eXGrHSwQYIYJPDiQgURQoBAKoRAKoRAKoRCxLsYICissEGCGCTw4oFAKpVAKpdAw1h6p7en%2BzDxxLXst53qY7fcHcTszpw%3D%3D>, zuletzt aufgerufen am 3.2.2021.

Wilke, Jürgen (2009): Historische und intermediale Entwicklungen von Leitmedien. Journalistische Leitmedien in Konkurrenz zu anderen. In: Gendolla, Peter (Hrsg.): *Leitmedien. Konzepte – Relevanz – Geschichte*. Bielefeld: Transcript Verlag: 29-52.

Artikel-Korpus

1981:

SPIEGEL (1981a): „Ich kenne den Text und die Melodie“. Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14317127.html>, zuletzt aufgerufen am 10.1.2021.

SPIEGEL (1981b): Die Gefechte wirken merkwürdig antiquiert. Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14339179.html>, zuletzt aufgerufen am 10.1.2021.

SPIEGEL (1981c): Export-Boom: Kein Land der Erde bietet mehr. Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14352429.html>, zuletzt aufgerufen am 10.1.2021.

SPIEGEL (1981d): Tarifrunde '84. Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14320880.html>, zuletzt aufgerufen am 10.1.2021.

SPIEGEL (1981e): FDP. Arbeitnehmer sollen verzichten. Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14335476.html>, zuletzt aufgerufen am 10.1.2021.

1982:

SPIEGEL (1982a): „Im März soll ich mich mal wieder melden. Verfügbar unter: <https://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/14356280>, zuletzt aufgerufen am 10.12.2020.

SPIEGEL (1982b): Die deutsche Depression. Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14344029.html>, zuletzt aufgerufen am 10.12.2020.

SPIEGEL (1982c): „Ein Ruck durch die ganze Nation“. Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14356311.html>, zuletzt aufgerufen am 10.12.2020.

1983:

SPIEGEL (1983a): Ein Widerstand um alles oder nichts. Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14021403.html>, zuletzt aufgerufen am 10.12.2020.

SPIEGEL (1983b): „Wer nicht arbeitet, wird schneller alt“. Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14023984.html>, zuletzt aufgerufen am 10.12.2020.

SPIEGEL (1983c): „Das ist ja beinahe ein Glaubenskrieg. Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14024519.html>, zuletzt aufgerufen am 10.12.2020.

SPIEGEL (1983d): „Es wird ein falscher Eindruck erweckt“. Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14021480.html>, zuletzt aufgerufen am 10.12.2020.

1994, 2. Halbjahr:

SPIEGEL (1994a): „Die stecken das Haus an“. Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13687291.html>, zuletzt aufgerufen am 10.1.2021.

SPIEGEL (1994b): „Wir gehen neue Wege. Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13686716.html>, zuletzt aufgerufen am 10.1.2021.

SPIEGEL (1994c): Wer stoppt die Autonomen?. Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13686756.html>, zuletzt aufgerufen am 10.1.2021.

1995:

SPIEGEL (1995a): „Es passiert zu wenig“. Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-9158735.html>, zuletzt aufgerufen am 10.12.2020.

SPIEGEL (1995b): „Countdown für Deutschland“. Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-9248834.html>, zuletzt aufgerufen am 10.12.2020.

SPIEGEL (1995c): „Wir wollen Geld sehen“. Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-9158804.html>, zuletzt aufgerufen am 10.12.2020.

SPIEGEL (1995d): „Das ist Sozialklau!“. Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-9247733.html>, zuletzt aufgerufen am 10.12.2020.

SPIEGEL (1995e): Nörgelnde Ideologen. Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-9158586.html>, zuletzt aufgerufen am 10.12.2020.

SPIEGEL (1995f): Rituale aus der Steinzeit. Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-9206088.html>, zuletzt aufgerufen am 10.12.2020.

SPIEGEL (1995g): „Ein totaler Schmarrn“. Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-9157875.html>, zuletzt aufgerufen am 10.12.2020.

SPIEGEL (1995h): „Mehr Optionen für die Betriebe“. Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-9200930.html>, zuletzt aufgerufen am 10.12.2020.

SPIEGEL (1995i): „Was sollen wir in dem Klub?“. Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-9225521.html>, zuletzt aufgerufen am 10.12.2020.

SPIEGEL (1995j): „Der Weg ist das Ziel“. Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-9220255.html>, zuletzt aufgerufen am 10.12.2020.

1996, 1. Halbjahr:

SPIEGEL (1996a): Nun klingeln die Alarmglocken. Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8870802.html>, zuletzt aufgerufen am 10.1.2021.

SPIEGEL (1996b): „Irrlehre in unseren Reihen“. Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8933216.html>, zuletzt aufgerufen am 10.1.2021.

SPIEGEL_1996c: „Mit der Abrißbirne“. Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8916273.html>, zuletzt aufgerufen am 10.1.2021.

SPIEGEL 1996d: „Das ist eine klare Kante.“ Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8916257.html>, zuletzt aufgerufen am 10.1.2021.